

## SCHWERPUNKT-THEMA

## Land im Fokus:

China

SEITE 2

## UKRAINE

UkrTelekom  
wird privatisiert

SEITE 4

## WESTEUROPA

Irak will  
Gas liefern

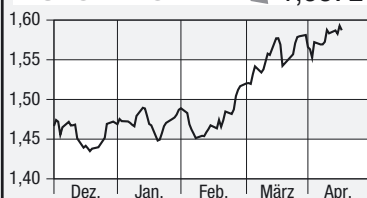
SEITE 8

## EL SALVADOR

Wasserwerke kaufen  
neue Technik

SEITE 10

## EURO IN DOLLAR 1,5872



## DEUTSCHLAND / AUSSENHANDEL

Wirtschaft kommt  
mit Finanzkrise klar

## Andere europäische Staaten stärker betroffen

MAINZ (Dow Jones)--Trotz der US-Finanzkrise ist der Direktor des Instituts der Deutschen Wirtschaft, Michael Hüther, verhalten optimistisch, was die Konjunktur in Deutschland im laufenden Jahr betrifft. Prognosen, die von einem Wachstum von nur 1,2% für 2008 ausgingen, seien unrealistisch, sagte Hüther auf dem Kongress „Länderrisiken 2008“ des Kreditversicherers Coface Deutschland am Donnerstag in Mainz.

Neben dem Export sei seit 2006/2007 auch die Konsumnachfrage im Inland angesprungen. „Wie immer, wenn die deutsche Wirtschaft gut läuft, ruht das neben dem Export auch auf der Binnennachfrage“, so Hüther weiter. Zwar könne sich Deutschland von der Entwicklung in den USA nicht gänzlich abkoppeln, doch habe die deutsche Industrie in den vergangenen Jahren ihre Exporte stärker differenzieren können. Insbesondere China und Osteuropa sind dem Wirtschaftswissenschaftler zufolge als kaufkräftige Partner hinzugekommen. Zudem verliefen die Konjunkturzyklen der USA und Deutschland bereits seit den 90er Jahren nicht mehr synchron.

Hüther wies zudem darauf hin, dass sich die weltwirtschaftliche Entwicklung beginnend mit den 80er Jahren verstetigt habe, die Konjunkturzyklen hätten sich insgesamt abgeflacht. Dies sei auf eine geringere Inflation, eine niedrigeren Inflationserwartung und weltweit niedrigere Lagerbestände zurückzuführen. Die von den USA ausgehende Krise treffe daher auf einen belastbaren und flexiblen weltwirtschaftlichen Rahmen.

Auch für die USA geht der Wirtschaftswissenschaftler davon aus, dass die Chancen auf eine Vermeidung einer Rezession bei über 50% liegen. Laut Hüther wird die Perspektive für die deutsche Wirtschaft über das Jahr 2008 hinaus mehr



Michael Hüther, Direktor des Instituts der Deutschen Wirtschaft: „Die Konjunkturzyklen haben sich insgesamt abgeflacht.“ Foto: Coface

von der nationalen Wirtschaftspolitik bestimmt als von etwaigen weltwirtschaftlichen Verwerfungen.

Ebenfalls ein verhalten positives Bild der wirtschaftlichen Entwicklung zeichnete der Präsident von Coface, Francois David. David zufolge sind die Kreditausfälle ein guter vorlaufender Indikator für das Wirtschaftswachstum. Der Kreditversicherer bewerte weltweit 50 Mio. Gesellschaften und verfüge daher über eine breite Datenbasis. Zwar sei in den USA seit Anfang des Jahres eine Erhöhung der Kreditausfallquote zu registrieren, diese falle aber bei weitem nicht so dramatisch aus, wie zu Zeiten der

Rezession 2001. Befürchtungen, wonach das Wachstum in den USA 2008 nur 0,5% betragen werde, seien absurd. Coface rechne dagegen mit einem US-Wachstum von 1,5%. Man dürfe die Flexibilität der US-Wirtschaft nicht unterschätzen, so David. Der niedrige US-Dollar stütze die US-Exportwirtschaft. Die US-Fiskal- und Geldpolitik könne viel schneller als in den europäischen Staaten auf die veränderte Konjunktur reagieren. Unter den europäischen Staaten sieht David Wolken am Konjunkturhimmel vor allem in den Ländern Irland, Großbritannien und Spanien.

Fortsetzung auf Seite 12

## EUROPA / WIRTSCHAFT

Immer mehr gefährliche  
Konsumgüter in der EU

BRÜSSEL (Dow Jones)--In der EU werden immer mehr als gefährlich eingestufte Waren vom Markt genommen. Im vergangenen Jahr seien rund 1.600 solcher Produkte gemeldet worden, was verglichen zum Vorjahr eine Zunahme von über 50% sei, teilte die EU-Kommission am Donnerstag mit. Jedes dritte mit Mängeln behaftete Produkt sei Spielzeug gewesen, gefolgt von Motorfahrzeugen, Elektroartikeln und Kosmetika.

Die meisten dieser Produkte kamen wieder aus China. Allerdings gibt die Kommission zu bedenken, dass rund 80% aller von der EU importierten Spielwaren aus China stammen. Zudem würden Waren aus diesem Land inzwischen vergleichsweise streng kontrolliert. Nach einigen spektakulären Rückrufaktionen für Spielzeug im vergangenen Jahr, hatte die EU den Druck auf China erhöht, bessere Kontrollen für Exportware einzuführen. Bislang sind laut Kommission 3.540 Hersteller überprüft worden. 701 Unternehmen sei die Exportlizenz aberkannt worden. Meglena Kuneva, Kommissarin für Verbraucherschutz, will im Juni erneut in Beijing vorstellig werden.

ang/NfA/18.4.2008

## AUSSENWIRTSCHAFT AKTUELL

## MAN Nutzfahrzeuge erhält Aufträge aus Russland

MÜNCHEN (Dow Jones)--Die MAN Nutzfahrzeuge AG und ihre russische Vertriebs Tochter haben zwei Vereinbarungen mit russischen Kunden über die Lieferung von insgesamt 4.700 schweren Lastkraftwagen abgeschlossen. Dies teilte der Münchener Konzern am Donnerstag mit. Bis Anfang 2009 soll MAN 2.000 Lkw an die JSC Transkreditbank liefern und 2.700 Lkw an die MIB-Gruppe. NfA/18.4.2008

## RWE plant Börsengang von American Water

ESSEN (Dow Jones)--Die RWE AG will eine erste Tranche ihrer Wassertochter American Water noch in diesem Monat an die Börse bringen. Dies kündigte der Vorstandsvorsitzende Jürgen Großmann am Donnerstag auf der Hauptversammlung in Essen an. Einschließlich dieses Greenshoes beträgt das zum Verkauf stehende Paket damit 46% und hat den Angaben zufolge ein Gesamtvolumen von 1,9 Mrd USD. hei/NfA/18.4.2008

## 40 Mio EUR Auftrag für Andritz-Tochter in Portugal

GRAZ (Dow Jones)--Die Andritz AG hat über ihre Tochter Andritz VA Tech Hydro einen Auftrag in Portugal erhalten. Das Projekt bringt dem österreichischen Anlagenbauer rund 40 Mio EUR und beinhaltet die Lieferung und Installation einer Kraftwerksturbinen mit einer Kapazität von 191 Megawatt (MW), teilte das Unternehmen am Donnerstag mit. NfA/18.4.2008

## WELT / DIENSTLEISTUNGEN

## Schärfere Kontrollen für Versicherer

## CEIOPS sieht keine Stabilitätsrisiken / Von Madeleine Winter

FRANKFURT (Dow Jones)--Der Vorsitzende des europäischen Versicherungsausschuss CEIOPS, Thomas Steffen, will die Kontrolle bei Versicherern weltweit verschärfen. Die Turbulenzen an den Finanzmärkten seien nicht auf Europa beschränkt, sondern globaler Natur, sagte Steffen, Erster Direktor der Versicherungsaufsicht bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) und Vorsitzender von CEIOPS (Committee of European Insurance and Occupational Pensions Supervisors).

Kritik äußerte er in der Zusammenarbeit mit den USA. „In New York und den Bermudas befinden sich die Hauptsitze für Monoliner. Über diese Anlageform hätte ich gerne mehr Informationen.“ Mit der bisherigen Kooperation sei er nicht zufrieden.

Die US-Subprime-Krise habe die Lücken bei der Kontrolle von Banken gezeigt. Daraus solle auch der Versicherungssektor lernen, auch wenn Versicherungen längst nicht in dem Umfang von Subprime-Risiken

betroffen seien wie Banken. „Wir wollen die Erfahrungen der Banken im Versicherungsbereich übernehmen“, kündigte er an.

Hierfür müssten aber aus politischer Sicht noch einige Hürden genommen werden. Bei dem für 2012 geplanten Aufsichtssystem Solvency II sind laut Steffen noch wichtige Fragen offen. So gebe es noch keine Einigkeit darüber, wie die Ausgestaltung einer Gruppenaufsicht aussehen solle.

Stabilitätsrisiken bei Versicherern sieht Steffen nicht. Ein Grund hierfür seien die Aufsichtsregeln. Die gesetzliche Grenze für die Anlage in strukturierte Produkte liege bei 7,5%. In Aktien dürfen deutsche Versicherer maximal 35% anlegen. „Die Versicherer haben diese Limits längst nicht ausgeschöpft“, sagte Steffen. „Insgesamt liegt das Investment von europäischen Versicherern in strukturierten Produkten im niedrigen einstelligen Bereich.“

Seine anfängliche Sorge, über die weniger strikt beaufsichtigten Holding-Gesellschaften könnten die Risiken auf Erstversicherer überschwapen, sieht Steffen nicht bestätigt. „Es gab bisher keinen einzigen Fall.“ Das sei keine Entwarnung, aber auch kein Alarmzeichen. maw/NfA/18.4.2008

**LAND IM FOKUS: CHINA**

**RECHT**

**Arbeitsschiedsgesetz tritt im Mai in Kraft**

KÖLN (Dow Jones/bfai)--Am 1. Mai tritt in China ein neues Arbeitsmediations- und Schiedsgesetz in Kraft. Es fügt sich ein in das Arbeitnehmerschutzrecht. Das neue Gesetz ergänzt das alte Arbeitsrechtsgesetz, das für die Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten ein mehrstufiges Verfahren vorsieht. Nach dem neuen Arbeitsschiedsgesetz, das die Regelungen des Arbeitsgesetzes zur Schlichtung überlagert, steht es den Parteien frei, für die Schlichtung ihrer Arbeitsstreitigkeiten zunächst die Schlichtungskommission des Unternehmens anzurufen. Falls eine Schlichtung zwischen den Parteien nicht erzielt wird, kann jede der Parteien innerhalb von einem Jahr nach Entstehen der Arbeitsrechtsstreitigkeit ein Schiedsgesuch bei der Schiedskommission für Arbeitsstreitigkeiten einreichen. Grundsätzlich soll die Schiedskommission innerhalb von 45 Tagen nach Einreichung des Schiedsgesuches zu einer Entscheidung kommen. Ist der Arbeitnehmer mit der Entscheidung nicht einverstanden, kann er innerhalb von 15 Tagen nach Zustellung des Schiedsspruches Klage vor dem zuständigen Volksgericht zu erheben. *F.B./NfA/18.4.2008*

**KONJUNKTUR**

**Jahresteuering geht im März auf 8,3% zurück**

BEIJING (Dow Jones)--Die chinesische Jahresteuering hat sich im März verlangsamt. Der Verbraucherpreisindex stieg auf Jahressicht um 8,3%, wie die Statistikbehörde berichtete. Im Februar hatte die Inflationsrate mit 8,7% das höchste Niveau seit fast zwölf Jahren verzeichnet. Bei den Erzeugerpreisen beschleunigte sich der Auftrieb. Der Erzeugerpreisindex zog auf Jahressicht um 8,0% an, nach 6,6% im Februar. *NfA/18.4.2008*

**WIRTSCHAFT UND POLITIK**

**Hongkong wird Verlierer bei Taiwan-Verbindungen**

Personen- und Frachtflugverkehrsparte muss mit Einbußen rechnen / Finanzbranche bleibt gelassen / Von Roland Rohde

HONGKONG (Dow Jones/bfai)--Über Jahrzehnte hat Hongkong von seiner Stellung als Handels-, Verkehrs- und Finanzdrehscheibe zwischen Taiwan und China profitiert. Diese Zeiten gehen wohl mit der Präsidentschaftswahl vom vergangenen Monat, aus der der Kuomintang-Kandidat Ma siegreich hervorging, einem abrupten Ende entgegen. Er will so schnell wie möglich direkte Flug- und Handelsverbindungen mit dem Festland aufnehmen und auch die bisherigen Investitionsbeschränkungen für taiwanische Kapitalgeber lockern. In Beijing sind seine Vorschläge auf Zustimmung gestoßen.

Seine Stellung als internationale Handels- und Logistikdrehscheibe hat Hongkong teilweise auch Taiwan zu verdanken. Da es keine direkten Warenströme und Flugverbindungen zwischen der Insel und dem chinesischen Festland gibt, wird ein Teil der Exporte und Importe über die Sonderverwaltungsregion (SVR) abgewickelt. Zudem nutzen die meisten nach China reisenden taiwanischen Touristen und Geschäftsleute den Airport der Stadt als Transitpunkt. Das dürfte sich in Zukunft ändern.

Während Ökonomen für Taiwan mit einem kräftigen Aufschwung infolge der sich abzeichnenden Liberalisierung rechnen, gehen sie davon aus, dass Hongkong der Verlierer sein dürfte. Zahlreiche Dienstleistungsbranchen - der Sektorservice trägt zu über 90% zur Entstehung des Bruttoinlandsproduktes bei und ist damit Eckpfeiler der Wirtschaft - müssen mit dauerhaften Einbußen rechnen.

An erster Stelle ist der Logistiksektor zu nennen, der bisher stark von der Arbeitsteilung zwischen den beiden Volkswirtschaften profitieren konnte. So haben taiwanische Firmen große Teile ihrer lohnintensiven Fertigung auf das chinesische Festland verlagert. Die Kernkomponenten werden aber oftmals noch im Inland gefertigt. Taiwan liefert daher jährliche große Mengen an Investitionsgütern nach China, während es vergleichsweise wenig Konsumwaren zurück erhält.

Im Jahr 2007 importierte Hongkong Waren im Wert von 26 Mrd

USD aus Taiwan. Das entspricht einem Plus von rund 12% gegenüber 2006 und nahezu einer Verdoppelung im Vergleich zu 2001. Zwischen 80 und 90% der Einfuhren dürften anschließend nach China transportiert

es schon seit geraumer Zeit eine Art direkten Verkehr. So müssen Schiffe von Taiwan aus lediglich eine Insel nahe Okinawa, die zolltechnisch zum Hoheitsgebiete Japans gehört, passieren und können dann weiter Richtung China dampfen. Insofern ist die Branche vorbereitet.

Hongkong hat sich zudem damit abgefunden, dass in der Containersparte, einem Geschäft mit relativ niedriger Wertschöpfung, nicht seine Zukunft liegt. Zu stark ist die Konkurrenz vonseiten der nur wenige Kilometer entfernten preisgünstigeren Häfen in Shenzhen und Guangzhou.



Schlechte Aussichten: Hongkong hat im Containergeschäft immer mehr mit den chinesischen Nachbarstädten zu kämpfen. Foto: Leo Watson

werden - zumeist ins benachbarte Perlfussdelta, wo taiwanische Unternehmen weite Teile des Informations- und Kommunikationstechniksektors kontrollieren.

Große Teile dieser Warenströme könnten, so die Befürchtung von Branchenkennern, zum Erliegen kommen. Jedoch dürften die verschiedenen Sparten des Logistiksektors unterschiedlich stark betroffen sein. Im Containerverkehr gibt

Die Umsatzzahlen an den Terminals der SVR nehmen seit Jahren nur langsam zu und die Stadt musste 2005 den Titel des weltweit größten Containerhafens an Singapur abtreten. Im Jahr 2007 wurde sie von Shanghai auf Platz drei verwiesen.

Deutlich mehr zu verlieren hat Hongkong indes in der lukrativen Luftfrachtparte. Mit seinem modernen Airport und der schnellen Zollabfertigung konnte sich die SVR als

wichtigste Luftfrachtdrehscheibe Asiens etablieren. Doch wenn in Zukunft Halbleiter und Computerchips direkt von Taipeh nach Shanghai geflogen werden, könnte dies einen schweren Rückschlag bedeuten.

Mit den größten Verlusten rechnen jedoch die Fluggesellschaften Hongkongs. Bisher haben Schätzungen der Airlines zufolge mehr als drei Viertel aller nach China reisenden taiwanischen Geschäftsleute und Touristen die SVR als Transitort gewählt. Während sie bisher von Taipeh nach Shanghai fast einen halben Tag unterwegs sind, könnten sie in nicht allzu ferner Zukunft in gut einer Stunde die Yangzimetropole erreichen.

Nur noch jene Unternehmer, deren Fabriken im Perlfussdelta liegen, werden weiter über Hongkong fliegen. Doch auch hier wächst neue Konkurrenz durch die Airports in Guangzhou und Shenzhen heran. Für die etablierte Dragon Air und die beiden kleineren Gesellschaften Hongkong Express und Hongkong Airlines, die sich auf die Bedienung Chinas konzentriert haben, brechen schwere Zeiten an, während die Aktienkurse von China Airlines und EVA, beide aus Taiwan, steigen.

Inwieweit die Finanzbranche von den sich abzeichnenden Neuerungen betroffen sein wird, bleibt abzuwarten. Fakt ist, dass viele taiwanische Firmen ihr Festlandsinvestitionen über ihre Hongkong-Zentrale tätigen. Dies dürfte sich nicht schnell ändern, denn Hongkong ist einer der freiesten Finanzmärkte der Welt. Auch ist die Stadt ein wahres Steuerparadies. Wenn Taiwans Firmen ihre Zentralen in Hongkong verkleinern und Personal abziehen sollten, könnte dies allerdings Auswirkungen auf den Immobiliensektor haben, weil die Nachfrage nach Büroräumen und Wohnungen im Luxussegment zurückgeht. *R.R./NfA/18.4.2008*

**MÄRKTE**

Seite	Seite	Seite	Seite
Arabische Golfstaaten	Großbritannien	Russland	S&P warnt Unternehmen vor steigenden
Länder des Golf-Kooperationsrates bleiben bürokratisch 11	RWE tut sich bei British Energy mit Vattenfall zusammen 8	MAN Nutzfahrzeuge erhält zwei Aufträge 1	Kosten an US-Kreditmärkten 10
Australien	Manitowoc übernimmt Enodis 9	Valmet plant Autofabrik bei St. Petersburg 4	American Airlines verkauft Tochtergesellschaft 10
Bundesstaat Queensland profitiert vom anhaltendem Rohstoffboom 7	Fraport darf für Flughafen Amritsar bieten 7	Deutsche Börse kooperiert mit SPCEX 5	VR China
Bilfinger Berger erhält Aufträge 7	Iran	Volvo plant Bagger-Fabrik 5	Arbeitsschiedsgesetz tritt in Kraft 2
Belarus	Textilmaschinenektor ohne Impulse 11	Slowenien	Hongkong dürfte Verlierer direkter Verbindungen zwischen dem Festland und Taiwan sein 2
Turkcell will bei BeST einsteigen 5	Japan	Regierung will Bank mit Versicherung verflechten 4	Jahresteuering geht im März auf 8,3% zurück 2
Brasilien	Industrieproduktion für Februar nach oben revidiert 6	Bewegung im Grenzstreit zwischen Ljubljana und Zagreb 5	Beijing kämpft mit Milliardenprogramm gegen Wasserverschmutzung 3
Notenbank erhöht Leitzins um 50 Basispunkte 10	Mexiko	Spanien	Kreditaufnahme wird schwieriger 3
Deutschland	1,6 Mrd EUR für die Korruption 10	Solon verkauft Solarkraftwerke an Finanzinvestor 8	Notenbank erhöht Mindestreservesatz um 50 Basispunkte 6
Wirtschaft kommt mit Finanzkrise klar 1	Niederlande	Iberdrola steht Fusionen und Übernahmen offen gegenüber 9	MAN will noch 2008 Vertrag mit Weichai schließen 6
El Salvador	ThyssenKrupp erhält Auftrag 9	Tschechische Republik	Mandelson mahnt Augenmaß beim Umgang mit Beijing an 7
Regierung kauft Wassertechnik 10	Norwegen	Stromversorger CEZ wird zum internationalen Marktplayer 5	Welt
Europa	Eramet übernimmt Tinfos 9	Ukraine	Aufsicht will Kontrolle bei Versicherern weltweit verschärfen 1
Immer mehr gefährliche Konsumgüter in der EU entdeckt 1	Österreich	Hotlines zur Meldung von Straftaten eingerichtet 4	Hedgefonds verwalten Vermögen von 2,65 Bill USD 12
EU konsultiert zur Revision der Basel II-Eigenkapitaldirektive 8	Positive Bilanz für Burgenland nach EU-Erweiterung 8	Kiew nennt Startpreis für UkrTelekom-Aktienpaket 4	Weltweiter Stahlverbrauch bleibt auf Rekordkurs 12
Irak will mindestens 5 Mrd Kubikmeter Gas liefern 8	Osteuropa	USA	
Futtermischer befürchten Kostenexplosion durch GVO-Hürden 9	EVN setzt stärker auf das Geschäft im Ausland 5	RWE plant Börsengang von American Water 1	
Frankreich	Philippinen	Industrieproduktion im März unerwartet gestiegen 10	
Berlusconi hält Fusion zwischen Alitalia und Air France für möglich 8	Spitzenplatz bei Nutzung geothermischer Ressourcen 6		
	Portugal		
	Andritz-Tochter erhält Auftrag über 40 Mio EUR in Portugal 1		

**BRANCHEN/THEMEN**

Seite	Seite
Agrarsektor	Luft- und Raumfahrt
Europa 9	Frankreich 8
Außenhandel	Indien 7
Deutschland 1	USA 10
Bauindustrie	Maschinenbau
Australien 7	Portugal 1
Niederlande 9	Recht
Dienstleistungen	VR China 2
Welt 1	Rohstoffe
Energie	Norwegen 9
Europa 8	Stahl
Großbritannien 8	Welt 12
Osteuropa 5	Telekommunikation
Philippinen 6	Belarus 5
Spanien 8/9	Ukraine 4
Tschechische Republik 5	Textil und Leder
Fahrzeuge	Iran 11
Russland 1/4/5	Umweltschutz
VR China 6	El Salvador 10
Finanzierung	VR China 3
Russland 5	Wirtschaft und Politik
USA 10	Arabische Golfstaaten 11
VR China 3	Australien 7
Infrastruktur	Brasilien 10
USA 1	USA 1/8
Investitionen	Mexiko 10
Großbritannien 9	Österreich 8
Konjunktur	Slowenien 4/4
Japan 6	Ukraine 4
USA 10	VR China 2/6/7
VR China 2	Welt 12



UMWELTSCHUTZ

# Beijing kämpft mit Milliarden gegen Wasserverschmutzung

Investitionen in Wasserver- und -entsorgung steigen / Engagement der Industrie nimmt zu / Von Corinne Abele

BEIJING (Dow Jones/bfai)--Chinas Wasserver- und -entsorgung bedarf gewaltiger zusätzlicher Investitionen. Auch die Industrie gerät immer stärker unter Druck. Ihre Ausgaben für den Umweltschutz steigen. Stärker als bisher müssen nicht nur Abwasserreinigung und Trinkwasseraufbereitung, sondern auch Gewässerschutz und -kontrolle sowie Wassereinsparungen adressiert werden. Ausländische Technologien sind gefragt, ausländische Investitionen in der Regel willkommen.

Die hohe Wasserverschmutzung sowohl des Oberflächen- wie auch des Grundwassers brennt China unter den Nägeln. Rund die Hälfte der Flussläufe sind belastet und teilweise nicht mehr zur Bewässerung zu verwenden. Das durch den Drei-Schluchten-Damm geschaffene Reservoir gilt nach wie vor durch die starke Verschmutzung der zuleitenden Nebenflüsse als gefährdet. Und auch das weltweit größte Wasserumleitungsprojekt aus Südchina in den trockenen Norden erfordert erhebliche Investitionen in die Abwasserreinigung. Hinzu kommt angesichts übernutzter Wasserreserven und steigender Verschmutzung der Druck, Wasser einzusparen.

Nach Einschätzung des Bauministeriums dürfte sich Chinas gesamter Investitionsbedarf im Wassersektor innerhalb des elften Fünfjahresprogramms, das bis 2010 reicht, auf 1.000 Mrd Renminbi Yuan (CNY; 96 Mrd EUR; 1 EUR = 10,42 CNY) belaufen. Davon entfällt jeweils ungefähr ein Drittel auf Wasserqualität, Wasserversorgung und Abwasserentsorgung. Andere Quellen sprechen davon, dass von 1.300 Mrd CNY für Umweltinvestitionen 640 Mrd CNY in den Wasserbereich fließen dürften.

## Regierung kann nur die Hälfte bereit stellen

Gemeinsam ist beiden Zahlen, dass maximal die Hälfte der gewaltigen Summe von Regierungsseite bereit gestellt werden kann. Die andere Hälfte sollen private Investoren schultern. Dies hat zu zahlrei-

chen Formen von Public Private Partnership (PPP) geführt. Neben traditionellen Build-Operate-Transfer-Projekten (BOT) gewinnen vor allem im Bereich Wasserversorgung zeitlich beschränkte Joint-Venture-Modelle an Bedeutung.

Industries“ für ausländische Investoren keine Einschränkungen. Der Bau und Betrieb eines Rohrnetzes zur Ver- und Entsorgung ist hingegen beschränkt und erfordert ein Minderheits-Joint-Venture mit einem lokalen Partner.

Vor diesem Hintergrund überraschen die zahlreichen internationalen Aktivitäten im Wassersektor nicht. Am aktivsten ist Frankreichs Veolia Environment, das nach eigenen Angaben bis Anfang März in China 23 Verträge mit Kommunen unterzeichnet hat - darunter mit Haikou, Lanzhou

tion in Zusammenarbeit mit der National Development & Research Commission (NDRC) geworden. Kritisiert wurden dabei die zu günstige Konditionen bei zu geringer Eigenverpflichtung für ausländische Investoren.

Als einzige deutsche Betreiberfirma ist bislang Berlinwasser aktiv. Ansonsten sind deutsche Unternehmen als Lieferanten von Kläranlagen-ausstattung, Messgeräten, Filteranlagen, Reinigungs- und Aufbereitungstechnologien, Automation und Chemikalien präsent. Nach Einschätzung des Marktforschungsunternehmens Freedonia dürfte auf China allein ein Viertel des weltweiten Filterbedarfs bis zum Jahr 2011 entfallen.

Zunehmend sieht sich auch die Industrie zu Investitionen gezwungen. Rund 15 Mrd CNY investierten laut dem „China Statistical Yearbook“ Unternehmen 2006 in die Behandlung ihrer Abwässer und damit rund 13% mehr als im Vorjahr. Seit 2003 liegt die Position hinter den Ausgaben zur Vermeidung industrieller Abgase an zweiter Stelle industrieller Umweltschutzausgaben.

## 6.000 Firmen stehen auf der Liste der Wasserverschmutzer

Auch die Verbesserung der Kontrollsysteme der Wasserqualität sorgt für Bedarf. Allein die Erweiterung der Water Quality Monitoring Stations (WQMS) dürfte Expertenmeinungen zufolge einen jährlichen Investitionsbedarf von 200 Mio CNY schaffen. Darüber hinaus baut die State Environment Protection Administration (SEPA) ihre Onlinekontrolle im Abwasserbereich großer industrieller Verschmutzer aus. Ende 2006 standen über 6.000 Firmen auf der schwarzen Liste der Behörde.

Künftig sollen mehr Parameter geprüft werden als bislang. Der Markt für Online-Umweltmesstechnik-Instrumenten (EOMI) dürfte nach

Einschätzung von Experten jährlich um über 10% steigen. Um gegenüber dem qualitativ und quantitativ wachsenden lokalen Angebot konkurrenzfähig zu bleiben, produziert eine steigende Anzahl ausländischer und auch deutscher Unternehmen vor Ort. Der Anteil ausländischer Produkte und Technologien in Chinas kommunalen Wasseraufbereitungs- und Kläranlagen ohne Chemikalien lässt sich kaum schätzen. Brancheninsider gehen von 15 bis 30% aus.

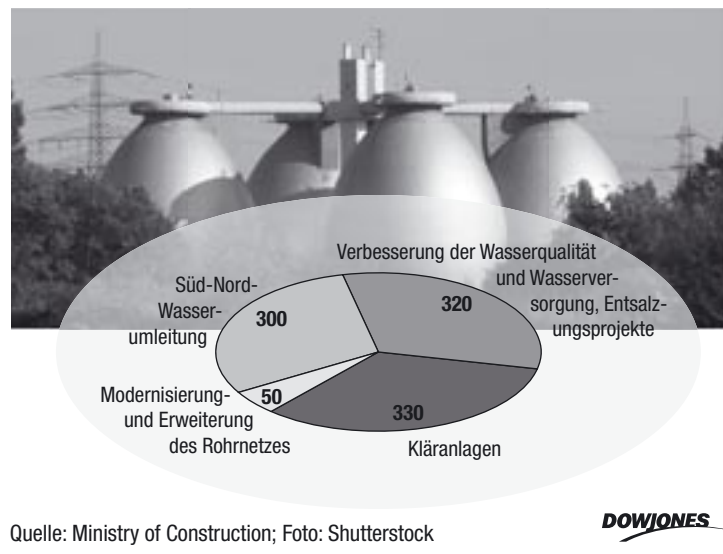
Obwohl Bau und Betrieb kommunaler Wasseraufbereitungs- sowie Kläranlagen nach Ansicht ausländischer Experten zumindest Chinas „Bidding Law“ folgen sollten, bleibt die Ausschreibungspraxis für internationale und deutsche Firmen problematisch: Die Fristen sind häufig zu kurz, Designanforderungen auf nur wenige Anbieter zugeschnitten oder die Projekte werden in zahlreiche Unteraufträge zerschlagen. Letztere müssen dann teilweise nicht mehr öffentlich ausgeschrieben werden oder das Projektvolumen wird für ausländische Anbieter uninteressant.

Zunehmenden Bedarf an zuverlässiger Technologie meldet angesichts steigender Auflagen, Kontrollen und Haftungszahlungen die Industrie an. Insgesamt liegen deutsche Lieferanten gut im Rennen, nahezu alle Positionen wiesen 2007 zweistellige Zuwachsraten auf. Ein weiteres großes Bedarfsfeld sind die sich anhäufenden Klärschlammberge, für deren Beseitigung es derzeit weder Gebühren noch sonstige staatliche Zuweisungen gibt. Bislang soll es lediglich einige Pilotprojekte der Co- und Monoverbrennung sowie der Trocknung von Klärschlamm geben. Seit längerem hoffen deutsche Technologieanbieter auf klare Rahmenbedingungen für die Klärschlammbehandlung und -entsorgung. Erste Schritte sind inzwischen getan.

C.A./NfA/18.4.2008

## China muss 1 Bill CNY investieren

Geschätzter Investitionsbedarf für Projekte im Wassersektor 2006 - 2010 (in Mrd CNY)



Ausländische Investoren sind seit Öffnung des städtischen Versorgungsmarktes willkommen. Sowohl für den Bau und Betrieb von Wasserwerken, Entsalzungsanlagen sowie Anlagen zur Behandlung und Wiedernutzung industrieller Abwässer bestehen gemäß des „Catalogue for the Guidance of Foreign Investment

and Tianjin. Ebenfalls sehr engagiert ist Sino-French Water Development, ein Joint Venture zwischen Suez und seinem Hongkonger Partner New World Development.

Obwohl generell willkommen, ist das internationale Engagement jüngst Gegenstand einer Studie der China Urban Water Supply Associa-

tion in Zusammenarbeit mit der National Development & Research Commission (NDRC) geworden. Kritisiert wurden dabei die zu günstige Konditionen bei zu geringer Eigenverpflichtung für ausländische Investoren.

Laut Rechtsanwalt Daniel Albrecht, von der Bürogemeinschaft LA-Legal, wird die Körperschaftssteuer allerdings von sehr vielen chinesischen Unternehmen nicht gezahlt. Es gebe eine Fülle von Manipulationsmöglichkeiten, etwa der Ankauf von Quittungen über steuerabzugsfähige Aus-

gaben oder stille Deals mit den lokalen Finanzämtern, um Steuern nicht zu entrichten. „Die Heraufsetzung des Steuersatzes auf 25% bedeutet daher in Wahrheit eine einseitige Belastung der Ausländer, die Wettbewerbsnachteile in Kauf nehmen müssen“, so der Rechtsanwalt, der sich auf chinesisches Wirtschaftsrecht spezialisiert hat. Der Körperschaftssteuer von 25% könne vielleicht noch entkommen, wer sich in Sonderwirtschaftszonen im Westen und Nordosten Chinas engagiere. Alles hänge dann davon ab, wie wichtig der jeweiligen Kommunalregierung die Investitionen etwa im Hinblick auf den Arbeitsmarkt oder auf den Technologietransfer sei.

cdg/NfA/18.4.2008

FINANZIERUNG

# Kreditaufnahme wird schwieriger

Besonders der Automobilsektor ist betroffen / Von Claus-Detlef Großmann

FRANKFURT (Dow Jones)--Tochterunternehmen ausländischer Unternehmen haben es in letzter Zeit schwerer, in China Kredit zu erhalten. Darauf hat der Geschäftsführer der Deutsch-Chinesischen Wirtschaftsvereinigung, Tim Glaser, im Gespräch mit den „Nachrichten für Außenhandel“ hingewiesen. Dies betreffe insbesondere solche Industrien, deren Entwicklung sich schwer vorhersehen lasse und die von hoher Konkurrenz und Überkapazitäten geprägt seien, wie der Automobil-Sektor. Zudem dürfen laut einem Regierungserlass „Energie verschwendende“ und „Umwelt schädigende“ Industrien keine Kredite mehr erhalten.

„Hier stellt sich natürlich die Frage, was genau unter Umwelt schädigend

und Energie verschwendend zu verstehen ist“, so Glaser. Klar sei allerdings, dass für die chinesische Regierung hierunter die Eisen- und Stahlproduktion falle. Verschärft würden die Bedingungen für Kredite auch am Immobilienmarkt, um der Entwicklung einer Real-Estate-Blase gegenzusteuern.

Generell verfolge die Notenbank in der gegenwärtigen Situation das Ziel, die Kreditvergabe zu dämpfen und einer konjunkturellen Überhitzung vorzubeugen. Zudem beabsichtige China mit der Verknappung der Kredite das Ziel, den Handelsbilanzüberschuss zurückzuführen. Fast 60% der Ausfuhr Chinas gehen laut Glaser auf ausländisch-investierte Unternehmen zurück und sind

somit die Folge von Produktionsverlagerungen. Zu den Maßnahmen, mit denen das Land seine Handelsbilanz ins Lot bringen will, gehören zudem die Erhebung von Exportzöllen und der Wegfall der Mehrwertsteuererstattung beim Export.

Um ihre Finanzierungsprobleme zu lösen, besteht für internationale agierende Unternehmen die Möglichkeit, Kredite bei der Mutter aufzunehmen, die dann an die chinesische Tochter weitergereicht würden. Eine Finanzierung der Tochter durch internationale Institute in China selbst ist prinzipiell nur dann möglich, wenn diese über Vollbanklizenzen im Lande verfügen. Töchter ausländischer Unternehmen müssen seit Januar auch eine deutlich höhe-

**OSTEUROPA UND GUS****UKRAINE / TELEKOMMUNIKATION**

# Kiew nennt Startpreis für UkrTelekom-Aktienpaket

Streit um Privatisierungspläne dauert an / Von Harald Meyer

**KIEW (Dow Jones/bfai)**--Mit der Bekanntgabe eines Startpreises in Höhe von 2,4 Mrd USD durch die Regierung beginnt das Vorhaben des Verkaufs eines staatlichen Beteiligungspakets von 67,79% der Aktien am staatlichen Festnetz-Betreiber UkrTelekom Form anzunehmen. Das Ministerkabinett unter Regierungschefin Julia Tymoschenko billigte den Startpreis. Der Konzern steht ganz oben auf der Privatisierungsliste 2008, winken der Regierung doch hohe Verkaufserlöse.

Die Experten-Schätzungen der möglichen Erlössumme aus dem Verkauf der UkrTelekom-Mehrheitsbeteiligung gehen weit auseinander; genannt werden 12 Mrd bis 36 Mrd Hrywnja (UAH; rund 1,5 Mrd bis 4,6 Mrd EUR; 1 EUR = 7,8 UAH). Mindestens 60% plus eine Aktie aus dem staatlichen Beteiligungs-Portfolio von UkrTelekom sollen auf einer Bieter-Auktion verkauft werden. Ob die restlichen 7,79% des Beteiligungspakets im Börsenhandel vermarktet werden ist zurzeit offen. In jedem Falle soll ein Sperr-Anteil von 25% beim ukrainischen Staat verbleiben.

Jossip Winsky, Minister für Transport und Telekommunikation, rechnete bei der Verabschiedung der Privatisierungsliste für das laufende Jahr mit einer Dauer des Telekom-Privatisierungsprozesses von drei Monaten. Eile scheint geboten, denn die Regierung steht angesichts des inflationären Preisauftriebs und des sich für 2008 abzeichnenden Budgetdefizits von deutlich über 2% des BIP vor der Notwendigkeit, die Staatsausgaben zu drosseln.

Zugleich muss sie bemüht sein, ihr Ziel, aus Veräußerungen staatlicher Vermögenstitel 2008 Mindesteinnahmen in Höhe von 20 Mrd UAH (2,56 Mrd EUR) zu realisieren, möglichst zu übertreffen.

Es drohen aber Zeitverzögerungen. Die Regierung kann nicht umhin, ihre Privatisierungspläne mit dem Präsidenten Wiktor Juschtschenko und seinem Apparat abzustimmen. Juschtschenko hatte per Dekret eine Expertengruppe mit der Aufgabe eingesetzt, Vorschläge zur Verbesserung der Verfahrensvorschriften für Privatisierungen auszuarbeiten und dabei auch die geltenden gesetzlichen Bestimmungen zu durchforsten. Die Arbeitsgruppe steht unter der Leitung des Wirtschaftswissenschaftlers Oleksandr Rjabtschenko, Direktor des Kiewer Instituts für Internationale Privatisierung und Investitionsmanagement.

Die politische Konstellation erscheint delikater, hatte doch Juschtschenko im Februar dem Wunsch-Kandidaten von Premierministerin Tymoschenko für den

Posten des Fonds für das Staatsvermögen (FDM), Andri Portnow, seine Zustimmung versagt. Chef der Behörde blieb vorläufig Walentyna Semenjuk.

Semenjuk lehnt eine Entstaatlichung der UkrTelekom ab. Schon

zu prüfen, aus der Liste Betriebe von „strategischer Bedeutung für die Wirtschaft und die Staatssicherheit“ zu streichen und bei künftigen Privatisierungsvorhaben stärker als bisher den nationalen Interessen des Landes Rechnung zu tragen.

Konditionen als das heute möglich sei. Mit einer möglichst zügigen Privatisierung müsse man jetzt weiteren absehbaren Wert-Einbußen des Unternehmens zuvorkommen.

Der Verkaufspreis, so Rjabtschenko, werde immer noch „erheblich höher“ liegen als der eingangs genannte Startpreis. Hauptattraktion sei die monopolistische Kontrolle der UkrTelekom über Hintergrund- und Service-Netzwerke (sogenannte „backbone networks“), die sowohl von Mobilfunknetz-Betreibern als auch von Internet-Service-Providern genutzt werden.

Ukrainischen Pressemeldungen zufolge haben bisher unter anderem die Industrie-Holding System Capital Management (Donezk) des ostukrainischen Tycoons Rinat Achmetow, das russische Konglomerat Sistema (Mehrheitsgesellschafter bei Mobile TeleSystems, MTS), die russische Alfa Group, der russische Konzern SvyazInvest sowie Telecom Austria, Magyar Telecom, Turkcell und die bulgarische Gesellschaft Transtelecom Interesse bekundet, mitzubieten. Ein Sprecher des norwegischen Konzerns Telenor, Mehrheitsaktionär des ukrainischen Mobilfunk-Anbieters KyivStar, ließ durchblicken, dass eine Teilnahme seines Unternehmens an der Bieter-Auktion wenig wahrscheinlich sei.

H.M./NfA/18.4.2008



Präsidentenpalast: Konflikte zwischen Präsidialapparat und Premierminister verzögern die Veräußerung von UkrTelekom. Foto: Shutterstock

einmal, im April 2006, hatte sie einen Verkaufs-Plan der damaligen Regierung Jechanurow zu Fall gebracht.

Sperrfeuer kommt auch aus dem Präsidialapparat. Der Rat für Nationale Sicherheit und Verteidigung (RNBO) beim Präsidenten rief in einer Entschließung ebenfalls dazu auf, das Privatisierungsprogramm 2008 auf Gefahren von Missbräuchen marktbeherrschender Stellungen durch mögliche Investoren hin

Oleksandr Rjabtschenko wiederum tritt für einen Verkauf der UkrTelekom „so bald wie möglich ein“, weil sich der Konzern, so Rjabtschenko, seit Jahren gegenüber den Mobilfunk-Anbietern in der Defensive befindet und dringend auf Modernisierungsinvestitionen und besseres Management angewiesen ist. Der Privatisierungs-Experte gibt sich überzeugt, dass ein Verkauf der UkrTelekom bereits vor Jahren hätte erfolgen müssen - zu besseren Preis-

**SLOWENIEN / WIRTSCHAFT UND POLITIK**

## Regierung will Bank mit Versicherung verflechten

**LJUBLJANA (Dow Jones)**--Die slowenische Regierung macht den ersten Schritt für die langersehnte Verbindung der beiden größten Finanzdienstleister im Land, der Bank Nova Ljubljanska banka (NLB) und der Versicherung Zavarovalnica Triglav. Mittels einer Kapitalaufstockung soll Triglav seine derzeit geringe Beteiligung an der NLB verstärken, wie die Regierung beschloss. Diese Verbindung der mehrheitlich staatlichen Finanzinstitute soll der Regierung zufolge zu Synergien und zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der NLB führen, berichteten slowenische Zeitungen.

Bei der geplanten Kapitalspritze im Wert von 300 Mio EUR müsste der slowenische Staat, der als größter Aktionär 35,4% der NLB direkt besitzt, insgesamt 106,2 Mio EUR bereitstellen. Die Regierung hat nun beschlossen, aus dem Staatshaushalt nur 34,6 Mio EUR beizusteuern. Mehr als die Hälfte, 55,3 Mio EUR soll Triglav bereitstellen und die restlichen 16,3 Mio EUR das staatliche Unternehmen DSU.

Der direkte staatliche Anteil an der NLB wird dadurch schrumpfen. Jedoch soll nach Worten des Finanz-Staatssekretärs Andrej Sircelj die Eigentümerstruktur weiterhin so bleiben, dass der Staat samt

den ihm verbundenen Unternehmen die Mehrheit des Kapitals kontrolliert, die Mehrheit im Aufsichtsrat hat und das Machtwort im Bankvorstand sprechen kann.

Die Kapitalaufstockung wird durch die Emission von neuen NLB-Aktien durchgeführt werden, die 334 EUR je Aktie kosten werden. An der ersten Runde, die noch bis zum 30. April läuft, werden nur bestehende Aktionäre teilnehmen können. Beobachter erwarten wegen des relativ hohen Aktienpreises ein geringeres Interesse an den Neuaktien der NLB, berichtete die Tageszeitung „Dnevnik“. In einer möglichen zweiten Runde werden auch Privatpersonen die NLB-Aktien erwerben können.

Der zweitgrößte NLB-Aktionär, die belgische Finanzgruppe KBC, wird an der Kapitalaufstockung nicht teilnehmen. Die Belgier, die 2002 ihre Beteiligung von 34% erworben haben, hatten ihren Anteil bereits zum Kauf gestellt. Die KBC zieht sich vom slowenischen Markt zurück, weil sie ihre Beteiligung wegen des Widerstands der Regierung nicht auf mindestens 49% aufstocken konnte. Durch die Kapitalaufstockung wird der KBC-Anteil auf rund 27% fallen.

APA/NfA/18.4.2008

**UKRAINE / WIRTSCHAFT UND POLITIK**

## Hotlines zur Meldung von Straftaten eingerichtet

**KIEW (Dow Jones/bfai)**--Wirtschaftsstrafaten, Korruptionsfälle und ähnliche Vergehen können ukrainische und ausländische Geschäftsleute seit kurzem über Hotlines Kiewer Regierungsstellen, darunter der Zollverwaltung, dem Verkehrsministerium sowie dem Sicherheitsdienst der Ukraine (SBU), melden. Für den Fall, dass der Informant der Landessprache oder des Russischen nicht mächtig ist, halten die genannten Behörden E-Mail-Adressen vor, an die Mitteilungen über Straftaten zum Beispiel auch in englischer Sprache gerichtet werden können.

Die schlechte Platzierung der Ukraine im ländervergleichenden Geschäftsklimaindex „Doing Business“ der Weltbank ist nicht zuletzt das hohe Ausmaß an Korruption. Im neuesten Länderrating landet die Ukraine abgeschlagen auf Platz 139 von insgesamt 178 Staaten.

Betreiber der SBU-Hotline ist die „Hauptverwaltung für den Kampf gegen Korruption und organisierte Kriminalität“ des Sicherheitsdienstes. Anders als der Zoll und das Verkehrsministerium hat der Sicherheitsdienst die Befugnis, selbst zu ermitteln. Wie die Pressesekretärin des SBU Maryna Ostapenko hervorhob, sucht ihre Einrichtung mit-

tels der Hotline den Direktkontakt mit Geschäftsleuten, die von Wirtschaftsstrafaten oder Unregelmäßigkeiten Kenntnis erlangt haben. Mit der Aufdeckung und Verfolgung der Straftaten wolle man den Geschäftsleuten helfen, im Markt der Ukraine „fair und transparent zu arbeiten“.

In den ersten drei Wochen des Bestehens der am 15.3.2008 eingerichteten Hotline sei es aufgrund von Hinweisen in drei Fällen zur Aufnahme von Ermittlungen in Lwiw, in der Autonomen Republik Krim und in Kiew wegen mutmaßlichen Warenschmuggels gekommen.

H.M./NfA/18.4.2008

**KONTAKT:**

Hotline des Zolls  
Tel.: 008/800/501 31 30  
E-Mail:  
dovira@customs.gov.ua

Hotline des SBU  
Tel.: 008/044/253 32 14  
E-Mail: shtabkb@ssu.gov.ua

Hotline des Verkehrsministeriums  
Tel.: 008/044/594 96 24  
E-Mail: dovira@mtu.gov.ua

**RUSSLAND / FAHRZEUGE**

## Valmet plant Autofabrik bei St. Petersburg

**HELSINKI (Dow Jones)**--Der finnische Automobilhersteller Valmet erwägt die Errichtung einer Fabrik in Russland. Den Behörden der westrussischen Region St. Petersburg zufolge soll das Werk eine Kapazität von 10.000 Pkw pro Jahr haben. Valmet-Geschäftsführer Ilpo Korhonen dementierte zwar, dass eine Entscheidung bereits getroffen sei, räumte aber aufgrund vielversprechender Geschäftsmöglichkeiten in Russland Interesse an dem Projekt ein.

Korhonen befindet sich derzeit mit weiteren Valmet-Repäsentanten in der Region rund um die Metropole St. Petersburg, um mögliche Standorte für die geplante Fabrik zu besichtigen und Informationen zu Infrastruktur sowie möglichen Baukosten einzuholen. Der Absatz von Autos in Russland wachse momentan dermaßen, „dass es notwendig ist, auf der Höhe der Zeit zu bleiben“, sagte Korhonen gegenüber der finnischen Nachrichtenagentur STT. Valmet montiert im westfinnischen Uusikaupunki derzeit die Porsche-Modelle Boxter und Cayman. Deren Produktion am finnischen Standort ist aber lediglich bis 2011 gesichert. Valmet baute im vergangenen Jahr knapp 300 Arbeitsplätze in Finnland ab.

APA/NfA/18.4.2008



**OSTEUROPA UND GUS**

**OSTEUROPA / ENERGIE**

**EVN setzt stärker auf das Geschäft im Ausland**

Mehrheit an RAG eröffnet neue Möglichkeiten / Aktivitäten in Russland

WIEN (Dow Jones)--Das niederösterreichische Versorgungsunternehmen EVN setzt in seiner Wachstumsstrategie immer stärker auf das Geschäft in Mittel- und Osteuropa. Neben den Stromverteilern EVN Bulgaria und EVN Macedonia sowie der geplanten Errichtung von Wasserkraftwerken in Albanien spielen die Aktivitäten im Abwasser- und Wasserbereich eine immer größere Rolle. Im Ausland tätig ist mittlerweile auch die RAG, an der die EVN 50,3% hält.

Bei Großprojekten in Osteuropa und in Südosteuropa will die EVN mit Partnern zusammenarbeiten, auch aus Gründen der Risikostreuung. Gemeinsame Projekte sind im Ausland auch mit dem Verbund vorstellbar. Beim geplanten Bau von Wasserkraftwerken in Albanien für rund 900 Mio EUR hofft EVN-Vorstandssprecher Burkhard Hofer noch vor dem Sommer auf einen Abschluss. Derzeit werde der Konzessionsvertrag intensiv verhandelt. Gebaut werden sollen drei Wasserkraftwerke am Devoll-Fluss mit einer Leistung von zusammen rund 400 MW. Am staatlichen Stromversorger KESH wäre die EVN zwar grundsätzlich interessiert, allerdings gebe es Kapazitätsprobleme.

Die EVN hatte im ersten Quartal des laufenden Geschäftsjahres 2007/08 den Mehrheitserwerb an der Rohöl-Aufsuchungs-AG (RAG) abgeschlossen. Das Unternehmen sei in der Vergangenheit durch den Anteilseigner Shell auf Österreich beschränkt gewesen und nun von diesen Fesseln befreit, sagte Hofer. Es bestehe nun die Absicht ins Ausland zu gehen und lukrative Förderstätten zu erschließen.

In der Ukraine hat die RAG mit „Transeuro Energy“ ein Joint Venture zur gemeinsamen Entwicklung von Gasfeldern auf der Krim beschlossen. Ein weiterer Partner für gemeinsame Aktivitäten zu Entwicklung von Feldern ist die ukrainische Staatsfirma Crimgeologiya.

Entwickelt werden sollen zwei größere und zwei kleine bereits unter Vertrag stehende Gas-Kondensatfelder, sowie weitere bewertete und in Verhandlung stehende Felder.



Erdgas-Druckregelstation von EVN: Der Energieversorger versucht zurzeit, im Ausland lukrative Förderstätten zu erschließen. Foto: EVN

Investieren will das Joint Venture in zwei Gasfelder rund 175 Mio EUR.

Die RAG will zudem laut Thomson Financial bis zu 70 Mio USD Kapital in das Joint Venture stecken. Anteile an der RAG halten zudem E.ON Ruhrgas, die Salzburg AG sowie die Steirische Gas-Wärme GmbH. Einsteigen soll die RAG auch in die Nutzung von Geothermie zur Stromerzeugung im süddeutschen Raum. Zum Ergebnis der EVN hat die RAG 2006/07 mehr als 40 Mio EUR beigetragen.

In Russland ist die EVN vor allem im Müll- sowie im Wassergeschäft aktiv. Die 100-Prozent-Tochter WTE hat Anfang April den Auftrag für Bau und Betrieb einer Trinkwasser-Entkeimungsanlage erhalten. Das Projekt wird im Rahmen eines so genannten BOOT-Modells abgewickelt und umfasst die Finanzierung des Gesamtinvestitionsvolumens von 175 Mio EUR sowie die zehnjährige Betriebsführung der Anlage. Gebaut werden auch

Water sowie dem polnischen Baukonzern Warbud federführend am Bau der größten Kläranlage Polens beteiligt. Baubeginn ist im August dieses Jahres, die Übergabe soll im Dezember 2010 erfolgen. Gebaut werden zur Zeit auch noch Kläranlagen im polnischen Stettin, in Estland (Kothla-Järve) und in Litauen.

**Die goldenen Zeiten sind vorbei**

Erfolge erhofft sich Hofer in nächster Zeit auch für Müllverbrennungsanlagen, darunter auch Folgeaufträge in Russland. Die Müllverbrennungsanlage in Moskau mit einem Investitionsvolumen von 191 Mio EUR wurde Anfang dieses Jahres in Betrieb genommen. Die EVN sei froh über ihren Geschäftszweig Umwelt, denn im Energiegeschäft verdiene man keine „goldene Nase“, außer ein Erzeuger verfüge über abgeschriebene Kraftwerke.

In Bulgarien wurden bisher 190 Mio EUR in Infrastruktur und Netz investiert. Hauptziel sei es, die Netzverluste durch Stromdiebstahl zu reduzieren. Die Netzverluste in Bulgarien hätten auf rund 14% reduziert werden können. Die EVN habe 37.000 Neukunden gewonnen. In Mazedonien lagen die Investitionen bisher bei 67 Mio EUR, der operative Turnaround sei gelungen.

Die EVN erzielte im Geschäftsjahr 2006/07 einen Umsatz von 2,23 Mrd EUR, davon kamen 833 Mio EUR aus Mittel- und Osteuropa sowie Südosteuropa und 1,4 Mrd EUR aus Österreich. Bei der Mitarbeiterzahl dominieren die Töchter in Osteuropa und Südosteuropa mit mehr als 7.000 Beschäftigten. In Österreich hatte die EVN 2.365 Mitarbeiter. APA/NfA/18.4.2008

**RUSSLAND / FINANZ.**

**Deutsche Börse kooperiert mit SPCEX**

FRANKFURT (Dow Jones)--Die Deutsche Börse kooperiert mit der russischen St. Petersburg Currency Exchange (SPCEX). Eine entsprechende Vereinbarung sei unterzeichnet worden, teilte die Deutsche Börse AG am Mittwoch mit. Demnach sei eine enge Zusammenarbeit im Bereich Listingaktivitäten vereinbart worden. Damit weitet die Deutsche Börse nach eigenen Angaben ihre Aktivitäten in der Region Nord-West Russland weiter aus, um die bestehenden Geschäftsbeziehungen zu festigen und „neue Chancen“ zu erschließen.

Die SPCEX werde zukünftig Unternehmen aus der Region, die ein Listing in Frankfurt anstreben, beraten, informieren und aktive Unterstützung bei der Vorbereitung eines Börsengangs leisten. Gemeinsam soll die Internationalisierung des deutschen und russischen Finanzmarktes voran getrieben werden. NfA/18.4.2008

**BELARUS / TELEKOM**

**Turkcell will bei BeST einsteigen**

MINSK (Dow Jones)--Das türkische Mobilfunkunternehmen Turkcell will bei dem Operator Belarussisches Telekommunikationsnetz (BeST) einsteigen. Dies meldete die belarussische Nachrichtenagentur Belapan unter Berufung auf Turkcell. BeST ist der einzige Anbieter von Verbindungen mit GSM-Standard in Belarus und gehört dem Staat. „Der Vorstand von Turkcell traf die Entscheidung, den Aktionären von BeST seinen Vorschlag über den Erwerb des Kontrollpakets des Unternehmens zu unterbreiten“, hieß es in einer offiziellen Erklärung von Turkcell. Im Februar hatte das Kommunikationsministerium von Belarus finanzielle Probleme von BeST veröffentlicht. Es sei seinen jährlichen Vorgaben für Kommunikations-Dienstleistungen nur zu 13% nachgekommen. 2007 verfügte BeST über 182.000 Abonnenten. NfA/18.4.2008

**SLOWENIEN / WIRTSCHAFT UND POLITIK**

**Bewegung im Grenzstreit zwischen Ljubljana und Zagreb**

LJUBLJANA (Dow Jones)--In den endlos scheinenden Grenzkonflikt zwischen Slowenien und Kroatien scheint Bewegung zu geraten. Offen ist aber, ob die Zeichen auf Eskalation oder Annäherung stehen. Einerseits haben slowenische Spitzenpolitiker jüngst mit indirekten Vetodrohungen gegen die EU-Annäherung Kroatiens aufhorchen lassen. Andererseits berät das slowenische Parlament hinter verschlossenen Türen über die ersten konkreten Schritte für die Einleitung eines internationalen Schiedsverfahrens in dem Konflikt.

Ljubljana und Zagreb hatten sich voriges Jahr grundsätzlich auf ein Schiedsverfahren verständigt, allerdings müssen sich die Parteien nun auch auf den Gegenstand des Verfahrens einigen. Während für Kroatien nur die Seegrenze in der Adria-Bucht von Piran strittig ist, will sich Slowenien die Möglich-

keit eines Tausches von Territorium mit Grenzbegradigungen auf dem Land offenhalten. Ljubljana will unbedingt einen Großteil der Piran-Bucht und Zugang zu internationalen Gewässern bekommen, während Zagreb von einer Teilung der Bucht an der Mittellinie ausgeht.

Ob dies gelingt, ist fraglich, finden doch in Slowenien in wenigen Monaten Parlamentswahlen statt. Premier Jansa versucht sich offenbar mit nationalistischen Tönen zu profilieren, um der Slowenischen Nationalpartei (SNS) und der SLS den Rang abzulaufen. SNS und SLS hatten bisher allein auf weiter Flur eine Volksabstimmung über den kroatischen EU-Beitritt gefordert. Nun vollzog Jansa in einem Fernsehinterview eine überraschende Kehrtwende schloss die Möglichkeit eines Referendums ausdrücklich nicht aus. APA/NfA/18.4.2008

**TSCHECHISCHE REPUBLIK / ENERGIE**

**Stromversorger CEZ wird zum internationalen Marktplayer**

PRAG (Dow Jones)--Die ausländischen Töchter des tschechischen Energiekonzerns CEZ tragen immer mehr zum Gesamterfolg des Unternehmens bei. Der Anteil des Auslandsgeschäfts am Konzernumsatz sei 2007 von 19,1 auf 21,1% gestiegen, gab das Unternehmen bei einer Pressekonferenz bekannt. Zum Gewinn von CEZ trugen die Auslandstöchter im Vorjahr 6,3 Mrd Kronen (CZK; 254 Mio EUR) bei, 27% mehr als im Jahr davor. „Alle unseren Auslandsfirmen haben 2007 ihre Zielvorgaben erreicht oder sogar übererfüllt. Besonders auf dem Balkan stehen wir sehr gut da, erklärte der Auslandschef von CEZ, Tomas Pleskac.

Ende 2007 besaß CEZ 30 Firmen im Ausland, in denen 8.000 Leute beschäftigt sind. Der tschechische Energiekonzern hat im Jahr 2005 mit seiner Auslandsexpansion begonnen und unter anderem

die Mehrheit an drei bulgarischen Stromversorgern erworben, wo CEZ derzeit fast 2 Millionen Kunden mit Strom versorgt. 2005 übernahm CEZ auch die Mehrheit am größten rumänischen Stromversorger Electrica Oltenia und versorgt nun 1,4 Millionen rumänische Kunden mit Strom. 2006 kaufte CEZ zwei Kraftwerke in Polen - in Elcho und Skawina - und eines im bulgarischen Varna.

Außerdem sind die Tschechen in Bosnien-Herzegowina aktiv, wo der Konzern den Bau eines Kraftwerkes in Gacko gemeinsam mit örtlichen Partnern vorbereitet. Im April 2007 unterzeichnete CEZ einen Kooperationsvertrag mit dem russischen Energiekonzern RAO UES. Gemeinsam mit dem ungarischen Öl- und Gaskonzern MOL will CEZ Gaskraftwerke in der Slowakei und Ungarn bauen. APA/NfA/18.4.2008

**RUSSLAND / FAHRZEUGE**

**Volvo plant Fabrik für Bagger nahe Kaluga**

STOCKHOLM (Dow Jones)--Die Bauausrüstungssparte der Volvo AB plant den Bau einer Bagger-Fabrik in Russland. Wie ein Sprecher des Unternehmens der Zeitung „Dagens Industri“ sagte, hat Volvo im Raum Kaluga dafür bereits Grund und Boden erworben. Die Verhandlungen über den Aufbau einer Fertigungskapazität laufen allerdings noch. Bis zur Produktionsaufnahme werde es aber noch Jahre dauern, zitiert die Zeitung den Sprecher. Vor allem brauche der russische Markt Spezialbagger sowohl für die Erdöls als auch für die Holzindustrie. NfA/18.4.2008

## ASIEN-PAZIFIK

## PHILIPPINEN / ENERGIE

# Spitzenplatz bei Nutzung geothermischer Ressourcen

Kapazitätsausbau schreitet weiter voran / Privater Sektor über BOT-Projekte beteiligt / Von Oliver Höflinger

MANILA (Dow Jones/bfai)--Die Philippinen liegen in der Geothermie weltweit in der Spitzengruppe: bei der Erzeugung von geothermischem Strom wird die Inselrepublik nur noch von den USA übertroffen. Zur gesamten Stromerzeugung der Philippinen 2006 steuerte die Geothermie einen Anteil von knapp einem Fünftel bei. Auch im mittlerweile liberalisierten Strommarkt werden die entsprechenden Kapazitäten weiter ausgebaut. Pnoc-EDC, das führende Unternehmen bei der Erschließung geothermischer Felder, hat 2007 ein eigenes 49-MW-Kraftwerk in Betrieb genommen.

Bei der Erzeugung von Strom mit geothermischen Ressourcen sind die Philippinen nach den USA führend: Statistiken der International Geothermal Association (IGA) und des philippinischen Department of Energy (DOE) zufolge lag die Inselrepublik 2005 bei installierter Kapazität und Erzeugung weltweit auf Rang zwei; eine Platzierung an der sich bis heute nichts geändert hat. Das Leyte Geothermal Production Field (LGPF) mit einer installierten Kapazität von etwas mehr als 700 MW ist das größte produzierende Nassdampfgebiet der Welt.

**Installierte Kapazität und Erzeugung von geothermischem Strom in den Philippinen**  
(in MW; in GWh)

Jahr	Installierte Kapazität	Geothermisch erzeugter Strom
1977	3	1
1984	894	4.531
1992	888	5.700
2000	1.931	11.626
2005	1.978	9.902
2006	1.978	10.465

Quelle: DOE, 2008

Von der gesamten philippinischen installierten Stromerzeugungskapazität des Jahres 2006 in Höhe von 15.803 MW entfiel laut Statistiken des DOE auf die Geothermie ein Anteil von 12,5%, zu den insgesamt erzeugten 56.784 GWh Strom steuerte sie einen Anteil von 18,4% bei. Laut Lauro F. Bayrante, Generaldirektor des Branchenverbandes National Geothermal Association of the Philippines (NGAP), belief sich die geothermische Stromerzeugung seit ihrem Beginn 1977 bis 2006 auf 183.188 GWh, wodurch

etwa 8,2 Mrd USD an Devisen für Energieimporte eingespart werden konnten.

In der Stromerzeugung wird Geothermie seit 1967 genutzt als das erste Pilotprojekt in Tiwi mit einer Kapazität von 2,5 MW durch die Philippine Geothermal Inc (PGI) in Betrieb genommen wurde. 1977 begann dann die geothermische Stromerzeugung in Leyte durch den nationalen Stromversorger National Power Corporation (NPC). Das dortige Kraftwerk verfügte über eine Kapazität von 3 MW und war sowohl die erste kommerzielle derartige Anlage in den Philippinen überhaupt als auch ein „Geburtstagsgeschenk“ für die Frau des damaligen Präsidenten und Diktators Marcos.

**Zwei Unternehmen haben das Geschäft unter sich aufgeteilt**

Erschlossen worden sind alle geothermischen Felder von zwei Unternehmen: der PGI, einer Tochtergesellschaft der Union Oil Company of California (Unocal), die dann später von der Chevron Geothermal Philippines Holding übernommen wurde. Vor allem jedoch von der 1976 gegründeten und bis 2007 staatlichen Pnoc-EDC, dem maßgeblichen Akteur in der philippinischen Geothermie. Das erste kommerzielle Projekt führte Pnoc-EDC 1983 zusammen mit NPC durch. Bis heute hat Pnoc-EDC etwa drei Fünftel der geothermischen Ressourcen, die zur Stromerzeugung genutzt werden, entwickelt.

Die installierte Kapazität nahm seit 1977 stetig zu, verharrte dann jedoch ab 1984 für einige Jahre auf einem Niveau von knapp 900 MW. Der massive Ausbau setzte schließlich 1993 ein, vor allem auf-

Struktur der geothermischen Stromerzeugung in den Philippinen (in MW)			
Geothermisches Feld	Installierte Kapazität	Feldentwickler u. -betreiber	Kraftwerksbetreiber
Von Chevron Geothermal Philippines Holding, Inc. (beziehungsweise PGI) entwickelt	803		
Tiwi	344	Chevron	National Power Corporation (NPC)
Mak-Ban	459	Chevron	NPC
Von Philippine National Oil Company - Energy Development Corporation (PNOC-EDC) entwickelt	1.176		
Leyte Geothermal Production Field (LGPF)	708		
Tongonan	113	PNOC-EDC	NPC
Malitbog	232	PNOC-EDC	CalEnergy Generation (BOT bis 2007)
Mahanagdong A und B	180	PNOC-EDC	CalEnergy Generation (BOT bis 2007)
Upper Mahiao	132	PNOC-EDC	CalEnergy Generation (BOT bis 2006)
Optimization Plants	51	PNOC-EDC	Ormat Leyte (BOT bis 2007)
Southern Negros Geothermal Production Field (SNGPF)	193		
Palinpinon I	113	PNOC-EDC	NPC
Palinpinon II	80	PNOC-EDC	NPC
Bacon-Manito Geothermal Production Field (BGPF)	152		
BacMan I	110	PNOC-EDC	NPC
BacMan II	40	PNOC-EDC	NPC
Manito Lowlands	2	PNOC-EDC	PNOC-EDC
Mindanao Geothermal Production Field (MGPF)	108		
Mindanao I	54	PNOC-EDC	Marubeni Corp. (Der Partner Oxbow Power Corp. wurde von Marubeni ausgekauft) (BOT bis 2009)
Mindanao II	54	PNOC-EDC	Marubeni (BOT bis 2009)
Insgesamt	1.979	-	-

Quelle: DOE, 2008

grund zweier Gesetze, die dem privaten Sektor den Bau und Betrieb von geothermischen Kraftwerken im Rahmen von Build-Operate-Transfer-Vereinbarungen (BOT) ermöglichten. Mit der planmäßigen Übergabe der Anlagen in Leyte mit einer Gesamtkapazität von etwa 600 MW durch die Betreiber CalEnergy Generation und Ormat Leyte an Pnoc-EDC in den Jahren 2006 beziehungsweise 2007 sind mittlerweile fast alle BOT-Projekte abgeschlossen. 2009 werden noch die Anlagen in Mindanao nach Ablauf der üblichen Vereinbarungsdauer von zehn Jahren übergeben.

Mit dem Produktionsbeginn des Northern Negros Geothermal Production Field (NNGPF), des fünften von Pnoc-EDC entwickelten und

betriebenen geothermischen Feldes, erhöhte sich die installierte Kapazität der geothermischen Stromerzeugung im Jahr 2007 um 49 MW auf etwa 2.027 MW. Die privatisierte Pnoc-EDC ist bei ihrem zwölften geothermischen Vorhaben nun erstmals sowohl Betreiber des Feldes wie auch Eigentümer und Betreiber des Kraftwerkes Northern Negros Geothermal Power Plant (NNGP).

Das NNGP ist das erste Kraftwerk im Bereich Erneuerbare Energien, das im liberalisierten Stromsektor als Merchant Plant operiert. Dabei wird nicht wie bisher ein Liefervertrag mit nur einem Abnehmer geschlossen, sondern der Strom kann an beliebige größere Kunden verkauft werden. Im Fall des NNGP verkauft Pnoc-EDC den Strom an

lokale Verteiler und Kooperativen. Das knapp 70 Mio USD teure Kraftwerk wurde von der japanischen Kanematsu schlüsselfertig errichtet und wird etwa 800.000 Haushalte mit Strom versorgen.

O.H./NfA/18.4.2008

**KONTAKT:**

National Geothermal Association of the Philippines  
Lauro F. Bayrante, President  
Tel.: 0063/2/840 15 71  
E-Mail: bayrante@energy.com.ph  
Internet: ngap.netfirms.com

Pnoc-EDC  
Tel.: 0063/2/893 60 01  
Internet: www.energy.com.ph

## VR CHINA / WIRTSCHAFT UND POLITIK

## Notenbank erhöht Mindestreservesatz um 50 Basispunkte

BEIJING (Dow Jones)--Die chinesische Notenbank hat die dritte Anhebung des Mindestreservesatzes im laufenden Jahr angekündigt, um exzessive Liquidität und Kreditvergabe einzudämmen. Die People's Bank of China (PBoC) teilte mit, die Mindestreserveanforderung für die meisten Geschäftsbanken werden mit Wirkung vom 25. April auf 16,0% angehoben. Bisher lag der Mindestreservesatz bei 15,5%. Zuvor war der Satz am 25. März erhöht worden.

Die PBoC begründete ihre Entscheidung damit, dass die Notenbank eine straffe Geldpolitik verfolgen und die Liquiditätsverwaltung im Bankensystem stärken wolle. Zudem solle das Wachstum von Geldmenge und Krediten in einem angemessenen Rahmen gehalten werden.

Im vergangenen Jahr hat die Notenbank den Mindestreservesatz bereits zehn Mal und die Zinsen sechs Mal erhöht. NfA/18.4.2008

## VR CHINA / FAHRZEUGE

## MAN will noch dieses Jahr Vertrag mit Weichai schließen

MOSKAU (Dow Jones)--Die MAN AG will noch im laufenden Jahr bei den Kooperationsverhandlungen mit der Weichai Holding Group Co Ltd in China zu einem Ergebnis kommen. „Ich hoffe, dass wir 2008 Klarheit erreichen“, sagte MAN-Vorstandsvorsitzender Hakan Samuelsson in Moskau. Die Zielsetzungen seien schwierig.

Der Münchner Nutzfahrzeughersteller will mit dem chinesischen Partner Lkw-Motoren und Fahrzeuge fertigen und vertreiben.

Bereits im August 2007 hatten beide Unternehmen eine entsprechende Absichtserklärung unterzeichnet.

Die MAN-Tochter MAN Nutzfahrzeuge AG arbeitet seit 20 Jahren mit Weichai Power Co Ltd bei der Lizenzierung für Fahrzeug- und Motorentechnologie zusammen. Die Weichai Holding mit Sitz in Shandong ist nach MAN-Angaben der größte chinesische Hersteller von Dieselmotoren, Getrieben, Nutzfahrzeugen und großen Marinemotoren. NfA/18.4.2008

## JAPAN / KONJUNKTUR

## Industrieproduktion für Februar nach oben revidiert

TOKIO (Dow Jones)--Die japanische Industrieproduktion ist im Februar deutlich stärker gewachsen als zunächst berichtet. Wie die Regierung mitteilte, stieg die industrielle Erzeugung um 1,6% gegenüber dem Vormonat. Auf Basis vorläufiger Daten war ein Anstieg um lediglich 0,9% ausgewiesen worden. Das Wachstum der Auslieferungen wurde auf einen Wert von 1,2% (vorläufig: 0,5%) nach oben revidiert, die Lagerbestände nahmen um 0,1% (plus 0,2%) zu. NfA/18.4.2008



AUSTRALIEN / WIRTSCHAFT UND POLITIK

## Bundesstaat Queensland profitiert vom Rohstoffboom

Hohe Investitionen im Bergbau und allen Infrastruktursektoren / Von Franz Reichwein

**SYDNEY (Dow Jones/bfai)**--Die beiden australischen Bundesstaaten Queensland und Western Australia sind mit ihren hohen Vorkommen an mineralischen Rohstoffen und Energieträgern maßgebend für die ökonomische Entwicklung des fünften Kontinents. Im Brennpunkt steht dabei Queensland, das aufgrund seiner attraktiven Lebensverhältnisse eine hohe Bevölkerungszuwanderung aus den südlichen Bundesstaaten erfährt. Die Infrastruktursituation gilt als angespannt. Öffentliche und private Investitionen nehmen ständig zu.

Der Schatzminister von Queensland, Andrew Fraser, schätzt das reale Wirtschaftswachstum für das Finanzjahr 2007/08 (1.7. bis 30.6.) auf 5,25%. Von den weltweiten Schwierigkeiten auf den Finanzmärkten und möglichen Wachstumseinschränkungen ist nichts zu spüren. Die südlichen Bundesstaaten sind von dieser Dynamik weit entfernt. Experten sprechen daher von einer Volkswirtschaft mit zwei Geschwindigkeiten - Queensland und Western Australia gegen den Rest von vier Bundesstaaten und zwei Territorien.

### Regierung plant mehr als 450 Projekte

Das Investitionsprogramm der Regierung in Queensland umfasst 450 Projekte im Gesamtwert von 82 Mrd Australische Dollar (AUD; rund 49 Mrd EUR; 1 EUR = 1,68 AUD). Der entsprechende Finanzierungsplan reicht bis 2021. Die Regierungschefin Anna Bligh geht davon aus, dass sie die Investitionsziele ohne eine substanzielle Mitwirkung des privaten Sektors in Form von Betreibermodellen (Private Public Partnerships - PPP) nicht erreichen kann. Der Bundesstaat hat bisher nur eine geringe Erfahrung mit PPP und analysiert sorgfältig die gescheiterten PPP-Vorhaben im verkehrstechnischen Infrastrukturbereich von Sydney. Aufgrund der

auch in Australien um sich greifenden Kreditklemme gestaltet sich die Finanzierung von Betreibermodellen zunehmend schwieriger.

Bei der Errichtung eines Wasserversorgungsnetzes im bevölkerungsreichen Südosten des Staates hat sich die Regierung eine private Beteiligung besonders im Managementbereich gesichert. Das Projektvolumen umfasst dafür 9 Mrd AUD einschließlich der Errichtung einer 1,2 Mrd AUD teuren Meerwasserentsalzungsanlage an der Gold Coast. Aufgrund der anhaltenden Trockenheit bestehen Überlegungen für den Bau von weiteren fünf Entsalzungsanlagen ab 2028. Die Regierung prüft den Kauf einer mobilen Anlage für die Landeshauptstadt Brisbane, der drittgrößten Stadt Australiens.

Bei der Einschaltung privater Investoren im Krankenhausbereich tastet sich Anna Bligh langsam voran. Von den geplanten drei großen Kliniken - Queensland Childrens Hospital (730 Mio AUD), Sunshine Coast Hospital (940 Mio AUD) und Gold Coast Hospital (1,2 Mrd AUD) - wird vorläufig nur das Sunshine Coast Hospital unter einer PPP-Regie verwirklicht. Der sogenannte health action plan, in dem die genannten Vorhaben nicht enthalten sind, hat ein Volumen von 9 Mrd AUD.

Ogleich aufgrund starker Steuereinnahmen sich der Staatshaushalt immer noch im Überschussbe-

reich befindet, sah sich Anna Bligh zur finanziellen Sicherstellung von sozialen Zukunftsprojekten veranlasst, Kredite im Gesamtwert von 28 Mrd AUD für vier Jahre aufzunehmen. Im laufenden Finanzjahr 2007/08 erreichen die reinen Investitionsausgaben 14 Mrd USD.

Etwa 40% des Gasbedarfs wird aus dieser Quelle gedeckt. Die Energiefirma Santos will in den kommenden Jahren etwa 7 Mrd AUD für die Förderung, Verflüssigung und Verschiffung von CSM ausgeben. Darunter ist auch der Bau einer LNG-Anlage bei der Hafenstadt Gladstone in

befinden sich 28% der bekannten Weltreserven an Zink. Hinzu kommen große Reserven von Blei, Kupfer und Gold. Geologen haben auch große Uranlagerstätten entdeckt, die derzeit aber nicht erschlossen werden sollen.

Investitionen in neue Bergbaubetriebe oder in Produktionserweiterungen in bestehenden Minen kommen nur schwer voran. Es fehlt an Strom, Transporteinrichtungen und Menschen. Die Unternehmen der Region hatten auf den Bau einer Gaspipeline aus Papua Neuguinea gehofft, um dann daran Gaskraftwerke anschließen zu können. Die Regierung hat entsprechende Pläne vorläufig aufgegeben. Im Transportbereich fehlt es an Schienen- und Hafenskapazitäten. Einziger Ausfuhrhafen für Rohstoffe aus Mt. Isa ist Townsville. Durch die zerstörerische Wirkung von Zyklonen in der Region wird der Hafen oft geschlossen. Der Ausbau von Schienenwegen muss warten, da die Regierung sich darauf konzentriert, Transportengpässe beim Kohleabtransport zu beseitigen. Arbeitskräfte sind für die entlegene Landesregion von Mt. Isa und Cloncurry kaum zu gewinnen, da die Aufenthaltsbedingungen dort sehr schwierig sind.

FR./NfA/18.4.2008



Brisbane: Die gute Konjunktur lockt immer mehr Menschen in die Hauptstadt des Bundesstaat Queensland. Foto: Mornby

Auch staatliche Unternehmen in Queensland sind in das Investitionsgeschehen eingebunden. Queensland Rail (QAR) will rund 660 Mio AUD für den Kauf von elektrischen Lokomotiven und Güterwagons ausgeben. Die genannten Ausgaben addieren sich zu bereits laufenden Investitionsprogrammen. Ende Juli 2007 beschloss die Regierung den Kauf von 510 Kohlewagons für 113 Mio AUD. QAR selbst verfolgt Projektpläne im Gesamtwert von 1,4 Mrd AUD. Ab 2011 will QAR in der Lage sein, jährlich etwa 260 Mio t Steinkohle zu bewegen.

Bei der Energieversorgung mit Gas spielt coal seam methane (CSM) in eine zunehmend wichtigere Rolle.

Queensland geplant. Etwa die Hälfte der Investitionssumme soll dafür zur Verfügung stehen.

Die endgültige Projektentscheidung fällt 2009. Es ist eine Jahresproduktion von 3 bis 4 Mio t vorgesehen. Die Planungen gehen davon aus, CSM aus den relativ nahegelegenen Kohlegebieten von Surat und Bowen nach Gladstone zu pumpen. Für die Lebensdauer der Anlage von 20 bis 25 Jahren besteht ein CSM-Bedarf von etwa 4.000 bis 5.500 Petajoules (PJ). Santos muss diese Reserven erst noch finden.

Der Reichtum an mineralischen Rohstoffen ist enorm. Zwischen den Ortschaften Mt. Isa und Cloncurry im Nordwesten des Bundesstaates

### KONTAKT:

Committee for Economic Development of Australia (CEDA)

Tel.: 00617/32 29 99 55

Internet: www.ceda.com.au

Queensland Department of Natural Resources and Mines

Tel.: 00617/32 37 14 35

Internet: www.nrm.qld.gov.au

INDIEN / LUFT- UND RAUMFAHRT

## Fraport darf für Flughafen Amritsar bieten

**NEW DELHI (Dow Jones)**--Die indische Flughafenaufsicht hat eine Vorauswahl bei der Konzessionsvergabe für die beiden Flughäfen Udaipur und Amritsar getroffen. Danach wird unter anderem die Fraport AG eingeladen, für den Airport Amritsar im nordindischen Bundesstaat Punjab bis Ende Juni ein Gebot abzugeben, wie aus einer Mitteilung des zuständigen indischen Ministeriums hervorgeht.

Bei der Ausschreibung geht es um den Betrieb und die Unterhaltung der Terminal-Gebäude einschließlich ihrer kommerziellen Nutzung sowie die Entwicklung und die Abwicklung des Frachtbetriebs. Insgesamt kamen zehn, zum Teil im Konsortium auftretende Interessenten in die engere Wahl. Konsortien um Reliance Energy Ltd, Tata Airport und Larsen & Toubro Ltd dürfen für beide Flughäfen Gebote abgeben. Bei Amritsar steht

neben Fraport noch das Gespann aus Lanco Infratech Ltd und Genting Pte Ltd aus Singapur auf der Auswahlliste.

Für den Flughafen Udaipur im westindischen Bundesstaat Rajasthan können GMR Infrastructure Ltd und ein Konsortium unter Führung von Maytas Infra Ltd Gebote abgeben.

Fraport ist in Indien bereits zum Zug gekommen. Der Flughafenbetreiber gewann die Ausschreibung für Modernisierung, Ausbau und Betrieb des indischen Hauptstadtflughafens in Delhi. Fraport habe sich für Amritsar für das Management der Bereiche Retail, Parking, Cityside Development und Terminal Maintenance beworben, sagte Fraport-Sprecher Wolfgang Schwalm. Für den Flughafen Udaipur habe Fraport indes keine Bewerbung abgegeben.

kib/NfA/18.4.2008

VR CHINA / WIRTSCHAFT UND POLITIK

## Mandelson mahnt Augenmaß beim Umgang mit Beijing an

**BRÜSSEL (Dow Jones)**--EU-Handelskommissar Peter Mandelson hat im Umgang mit China vor unüberlegten Protestaktionen gewarnt. Die Handelspartner müssten vielmehr die Notwendigkeit anerkennen, sich mit China auseinanderzusetzen, dessen Regierung „mit einer Herausforderung auf einem Niveau kämpft, für das es möglicherweise keinen Präzedenzfall in der politischen Geschichte gibt“, sagte Mandelson bei einer Veranstaltung des Britisch-Chinesischen Wirtschaftsrats in London.

Der größte Fehler des Westens wäre es sich einzubilden, dass er keinen Anteil an dieser Transformation hat, sagte der Handelskommissar. „Wir werden die Lösungen für Chinas Probleme nicht diktieren können“, fügte er hinzu. „Aber wir können uns auch nicht den Luxus erlauben, sie zu ignorieren“. Einen Handelsboykott als Protest gegen

Chinas Politik lehnte Mandelson ausdrücklich ab. Damit werde lediglich der Bevölkerung auf beiden Seiten geschadet.

Einen neuen Impuls für die bilaterale Handelspolitik verspricht sich der Kommissar von zwei Arbeitsgruppen, die in der kommenden Woche in Beijing offiziell ins Leben gerufen werden sollen. Die Einrichtung eines so genannten „High Level Economic and Trade Mechanism“ war im vergangenen November bei einem Gipfeltreffen zwischen Peking und der EU vereinbart worden.

Ein Gremium soll sich mit dem steigenden Handelsbilanzdefizit der EU gegenüber China, den Klagen über mangelnden Marktzugang und den Schutz des geistigen Eigentums beschäftigen. Eine weitere Arbeitsgruppe soll über Finanz- und Währungsfragen beraten. ang/NfA/18.4.2008

AUSTRALIEN / BAU

## Bilfinger Berger erhält Aufträge für 200 Mio EUR

**MANNHEIM (Dow Jones)**--Die Bilfinger Berger AG hat in Australien Aufträge für Verkehrsprojekte im Wert von 200 Mio EUR erhalten. In Melbourne erweitert und saniert es den West Gate Freeway, teilte das Mannheimer Unternehmen mit. Das Projekt habe ein Volumen von 100 Mio EUR und solle bis Mitte 2010 fertiggestellt sein.

In Brisbane baut Bilfinger Berger den ersten Abschnitt des Northern Busway, einer gesonderten Fahrspur für eine neue Schnellbuslinie. Der Auftrag hat ebenfalls einen Wert von 100 Mio EUR, die Fertigstellung ist für 2009 geplant.

Beide Projekte beruhen auf einem Alliance Contract. Die in Australien gängige Vertragsform kommt zum Einsatz, wenn Leistungsumfänge erst im Projektverlauf definiert werden können. Der Konzern rechnet weiterhin mit hohen Investitionen in Australien.

NfA/18.4.2008



## WESTEUROPA

## FRANKREICH / LUFTFAHRT

**Berlusconi hält Fusion mit Air France für möglich**

Rom (AP)--Der designierte italienische Ministerpräsident Silvio Berlusconi schließt zur Rettung der angeschlagenen Fluggesellschaft Alitalia eine Fusion mit Air France-KLM nicht aus. Italienische Nachrichtenagenturen zitierten Berlusconi am Mittwoch mit den Worten, eine Fusion mit einem Partner wie Air France-KLM könnte eine Lösung für die defizitäre Airline sein. Alitalia müsse jedoch eine italienische Fluggesellschaft bleiben.

Air France-KLM hatte die Gespräche über eine Übernahme von Alitalia abgebrochen mit der Begründung, Forderungen der Gewerkschaften machten einen solchen Schritt unmöglich. Das Unternehmen betonte jedoch, das Angebot bleibe bestehen. Berlusconi hat sich bisher dafür ausgesprochen, dass italienische Investoren bei Alitalia einsteigen.

NfA/18.4.2008

## GROSSBRIT. / ENERGIE

**RWE tut sich mit Vattenfall zusammen**

LONDON (Dow Jones)--Die RWE AG hat sich nach Informationen der britischen Zeitung „The Times“ mit der Vattenfall AB zusammengesetzt, um den Versorger British Energy zu übernehmen. Die Zeitung berichtet, RWE werde zwar allein für die British Energy Group plc bieten, wolle dann aber an Vattenfall bestimmte Kraftwerke abgeben.

Auf diese Weise wolle der Essener Großkonzern die Auflage der britischen Regierung erfüllen, dass der Wettbewerb auch nach dem Verkauf von British Energy erhalten bleibt. Der Versorger erzeugt mit acht Atomkraftwerken und einem Kohlekraftwerk etwa ein Sechstel des britischen Stroms.

RWE soll vorläufig insgesamt 11 Mrd GBP für British Energy geboten haben. Eine offizielle Bestätigung des DAX-Konzerns dafür gibt es bisher nicht.

NfA/18.4.2008

## SNIEN / ENERGIE

**Solon verkauft Solarkraftwerke**

DÜSSELDORF (Dow Jones)--Die Solon AG für Solartechnik hat mehrere Solarkraftwerke in Spanien an den Finanzinvestor Meinl International Power Ltd veräußert. Nach Angaben des Berliner TecDAX-Unternehmens geht es um den Verkauf von Kraftwerken an vier Standorten auf dem Festland und den Balearen, die von Solon entwickelt und gebaut wurden und insgesamt etwa 5.000 Haushalte mit Strom versorgen können. Die Transaktion habe ein Volumen von rund 87 Mio EUR, erklärte Solon. Alleiniger Arrangeur der Finanzierung sei die Landesbank Rheinland-Pfalz.

NfA/18.4.2008

## EUROPA / ENERGIE

**Irak will mindestens 5 Mrd Kubikmeter Gas liefern**

Kommission will möglichst bald einen Vortvertrag vereinbaren / Von Frank Hütten

BRÜSSEL (Dow Jones)--Der Irak will künftig Gas an die Europäische Union liefern. Als „Geste des guten Willens“ habe die irakische Seite zugesagt, zunächst „mindestens 5 Mrd Kubikmeter“ jährlich aus dem Gasfeld Akkas zu liefern, teilte die EU-Kommission nach Gesprächen von Energieminister Andris Piebalgs mit dem irakischen Öl- und Energieminister Hussein Al-Scharistani mit.

Die Liefermenge für die EU könne möglicherweise später gesteigert werden, habe die irakische Seite angedeutet. Das Gas solle auf „verschiedenen Wegen und aus verschiedenen Feldern“ nach Europa gebracht werden, hieß es weiter. Potenziell stünde damit auch weiteres Gas für die geplante Nabucco-Pipeline zur Verfügung, die mit den bisher absehbaren Liefermengen nicht ausgelastet ist.

Die Pipeline soll von Westeuropa durch die Türkei zur iranischen und georgischen Grenze verlaufen, eine direkte Anbindung zum Irak ist bisher nicht vorgesehen. Mit dem Leitungsnetz vertraute Personen sagten auf Anfrage, Gas aus dem Irak könne zum Beispiel über Syrien und dann durch die im Bau befindliche „Transarabische“ Gaspipeline in die Türkei gebracht und in Nabucco eingespeist werden. Ein Sprecher der für den Bau von Nabucco ver-

antwortlichen Nabucco Gas Pipeline International GmbH begrüßte aber die Ankündigung der irakischen Regierung. Der Irak sei immer als mögliche Quelle für Lieferungen betrachtet worden, sagte er. Die Kunden würden letztlich entscheiden, woher sie Gas beziehen wollten. Nach Ansicht von Experten könnte Gas aus dem Irak auch als Flüssiggas mit Tankschiffen in die EU gebracht werden.

Kommissionspräsident Jose Manuel Barroso kündigte an, „sehr bald“ wolle die EU mit dem Irak ein Memorandum of Understanding (MoU) über die Energiekooperation unterzeichnen. Für Anfang Mai sei Al-Scharistani zu einer Konferenz nach Brüssel eingeladen worden. Piebalgs sagte ergänzend, die irakische Regierung sei „jederzeit“ bereit, das MoU zu unterzeichnen. Darin seien auch Vereinbarungen über eine Zusammenarbeit bei



Erdgasverteiler: Mit dem Angebot des Irak könnte auch für die geplante Nabucco-Pipeline mehr Gas zur Verfügung stehen. Foto: Bilderbox

Solarenergie vorgesehen. Der Kommission zufolge, hat der Irak auch angekündigt, die Ölproduktion von derzeit täglich 2,5 Mio Barrel bis Jahresende auf 3 Mio Barrel täglich zu erhöhen. Ziel sei es, bis etwa 2012 eine Förderung von 4,5 Mio Barrel täglich zu erreichen. Das sollte sich dämpfend auf die Ölpreise auswirken, erwartet die Kommission.

Die EU hoffe, dass sich die Situation im Irak verbessere, so dass die industrielle Zusammenarbeit beider Seiten vorankomme. „Besonders Energie ist ein Schlüsselement für die wirtschaftliche Entwicklung des Irak“, sagte Kommissionspräsident Barroso nach einem Treffen mit dem irakischen Ministerpräsidenten Nuri Al-Maliki.

frh/NfA/18.4.2008

## ÖSTERREICH / WIRTSCHAFT UND POLITIK

**Positive Bilanz für Burgenland**

Nach EU-Erweiterung stärker gewachsen als der Landesdurchschnitt

EISENSTADT (Dow Jones)--Mit den Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf Österreich und das Burgenland befasste sich der Wirtschaftsclub Burgenland bei einer Veranstaltung in Eisenstadt. Wifo-Chef Karl Aiginger zog dabei eine weitgehend positive Zwischenbilanz. Österreich gehe es mit einem derzeit höheren Wirtschaftswachstum als Westeuropa gut. Allerdings müsse man sich auf zunehmende Konkurrenz in den östlichen Nachbarländern einstellen.

Österreich müsse deshalb auf der „Qualitätsleiter“ einen Schritt weiter gehen in Richtung Hochtechnologie. Für das Burgenland, das von dieser Entwicklung noch stärker betroffen sei, sieht der Wirtschaftsforscher Chancen etwa im Gesundheitsbereich, beim Telearbeit und bei Alternativenergie.

**Konkurrenz wird wachsen**

Einer der Gründe für die positive Entwicklung sei die Nähe zu den Ostmärkten, die um mehr als 5% pro Jahr wachsen. Diese Situation beinhalte aber auch eine Gefahr, „weil sie dazu führt, dass wir glauben, es ist alles in Ordnung und wir können so weitergehen wie bisher“, so Aiginger bei einem Pressegespräch im Rahmen der Veranstaltung: „Es kommen jedes Jahr ein, zwei neue Länder dazu, die mit uns in Konkurrenz gehen.“

Diese wollten - wie Österreich vor einigen Jahren - „mittlere Technologie“ günstiger produzieren. Heute seien dies vielleicht Ungarn, Tschechien und die Slowakei, morgen Polen, Rumänien und Bulgarien und übermorgen die Ukraine, Weiß-

russland sowie die Türkei. Deshalb seien in Österreich „mindestens“ mittlere, aber vor allem höhere Qualifikationen notwendig.

Was für Österreich gilt, gelte in noch höherem Maß für das Burgenland, das in den vergangenen Jahren um 1% stärker gewachsen sei als der Durchschnitt. Durch diesen Aufholprozess, ermöglicht auch durch EU-Förderungen, sei man an den Österreich-Durchschnitt herangekommen. „Jetzt geht es um die nächste Stufe“, so der Wirtschaftsforscher. In etwa 15 Jahren, wenn das Arbeitskräftepotenzial konstant sei und nicht mehr steige, habe das Burgenland noch Reserven. Wenn etwa in Wien der Raum knapp wird, sei das Umfeld attraktiver. Das Burgenland könne dabei eine ergänzende Funktion zu Ballungsräumen - auch im Hinblick auf Bratislava und Győr - einnehmen.

Möglichkeiten ortet Aiginger für das Burgenland im zunehmenden Technologiebereich etwa durch Telearbeit. Außerdem gebe es für das Burgenland die Chance, eine Art „Gesundheitszentrum“ für das nahe Wien zu werden. „So einen Hauch Florida im Burgen-

land kann ich mir durchaus vorstellen“, meinte der Wifo-Chef. Der Bereich der Alternativenergie beinhalte die Chance zu einer gewissen Vorzeigefunktion: Das Burgenland könne etwa mit Wien bei der Bioenergie der zweiten Generation führend sein.

**Qualitätschancen nutzen**

In den vergangenen Jahren seien die Karten generell „neu gemischt“ worden. Wer die Chancen ergreife, die sich im Gesundheitsbereich und bei neuen Technologien bieten, der werde gewinnen. „Man muss in der Qualitätsleiter immer hinaufklettern“, sei es bei Innovation, Ausbildung oder bei Produkten und Dienstleistungen, so Aiginger: „Wenn das alles geschieht, kann das Burgenland seinen Aufholprozess fortsetzen und weiter ein halbes oder ein ganzes Prozent rascher wachsen als Österreich.“

Die Zukunft des Burgenlandes liege in den kleinen und mittleren Betrieben. Sich jetzt noch zu erwarten, dass sich große Industriebetriebe im Burgenland ansiedeln, sei illusorisch, meinte der Wifo-Chef: „Im Burgenland soll man nicht mehr kämpfen mit hohen Förderungsmitteln, sondern mit Innovationen und Qualifikation.“ Westeuropa wachse derzeit um 2%, Osteuropa um 5%. Das Burgenland sei „das Land mit der besten Brücke zum Osten.“

APA/NfA/18.4.2008

## EUROPA / BANKEN

**Konsultation zur Revision der Basel II-Eigenkapitalrichtlinie**

BRÜSSEL (Dow Jones)--Vor dem Hintergrund der Finanzmarkturbulenzen nimmt EU-Binnenmarktkommissar Charlie McCreevy eine vorgezogene Revision der Richtlinie zu den Eigenkapitalregeln der Banken (Basel II) vor. Die Industrie und andere betroffene Kreise wurden aufgefordert, Stellungnahmen bis zum 16. Juni abzugeben. Parallel dazu werde eine Folgeabschätzung über die Auswirkungen möglicher Gesetzesänderungen in die Wege geleitet, teilte die Kommission weiter mit.

Die EU-Staats- und Regierungschefs haben bereits zugesagt, eine Neufassung der Richtlinie noch vor April 2009 zu verabschieden, da dann für die mitbestimmungspflichtigen Europaabgeordneten die Hochphase des Wahlkampfes für die Europawahlen im Juni beginnt. Die Kommission wurde aufgefordert Änderungsvorschläge für die Richtlinie bis September vorlegen.

McCreevy sowie Wirtschafts- und Währungskommissar Joaquin Almunia wollen die Banken zu mehr Transparenz zwingen und insbesondere die Vorschriften für aus den Bilanzen ausgelagerte Geschäfte verschärfen. Außerdem sollen die Liquiditätsanforderungen bei Außenständen und die Regeln für die Vergabe von Großkrediten verschärft sowie die Zusammenarbeit der Aufsichtsbehörden verbessert werden. Mit der Revision der Basel II-Richtlinie wolle man zudem auf die jüngsten Empfehlungen des G-7-Forum zur Finanzmarktstabilität reagieren.

ang/NfA/18.4.2008



EUROPA / AGRARSEKTOR

## Futtermischer fürchten hohe Kosten durch GVO-Hürden

Verband fordert Schwellenwerte für kontaminiertes Import-Soja / Von Mirjam Stöckel

FRANKFURT (Dow Jones)--Die europäische Mischfutterindustrie warnt wegen ausbleibender EU-Zulassungen für gentechnisch veränderte (GV) Sojasorten vor einem Engpass in der Eiweiß-Versorgung für Geflügel- und Schweinefleisch-Produzenten. Sie befürchtet einen daraus resultierenden Rückgang der in Europa erzeugten Fleischmenge um bis zu 40%. „Die aktuelle Null-Toleranz-Politik der EU bei nicht zugelassenen GV-Sorten bedeutet für uns faktisch ein Einfuhrverbot für Soja aus den USA“, kritisierte Alexander Döring, Generalsekretär des Mischfutterindustrie-Verbands FEFAC.

Er forderte die EU-Kommission auf, zumindest vorübergehend zu genehmigen, dass Soja auch dann importiert werden dürfe, wenn er geringe Mengen solcher GV-Sorten enthalte, für die es zwar noch keine endgültige Europa-Zulassung, aber bereits eine positive Risikobewertung gibt. Für dieses Soja müsse die Brüsseler Behörde „praktikable Schwellenwerte“ festlegen, so Döring.

### Zulassung für einige Sorten wahrscheinlich zu spät

Sorgen bereiten der Branche derzeit vor allem die GV-Sojasorten „Liberty Link“, „Roundup Ready 2“ und „Optimum GAT“. Die ersten beiden sind in den USA bereits erlaubt und sollen in der kommenden Saison in den kommerziellen Anbau gehen. „Optimum GAT“ steht in den USA kurz vor der Zulassung. In Europa dagegen läuft das Genehmigungsverfahren für alle drei Sorten noch. Und zumindest für Roundup Ready 2“ und „Optimum GAT“ wird eine Import-Zulassung nicht mehr rechtzeitig vor der anstehenden Ernte erwartet.

Angesichts der Situation in den USA könne aber selbst beim Import anderer Sojasorten aus Nordamerika deren zufällige Kontamination mit den drei GV-Sojasorten ohne EU-Zulassung nicht mehr ausgeschlossen werden, so Döring. „Die europäischen Händler werden daher im Herbst 2008 überhaupt kein Soja vom US-amerikanischen Markt mehr importieren.“ Damit müssen sie Dörings Angaben zufolge rund 5,5 Mio t Sojaschrot und -bohnen mit EU-Zulassung zusätz-

lich aus Südamerika beziehen. Das treibe die Preise enorm nach oben: „Wir rechnen mit etwa 2 Mrd EUR Mehrkosten“, sagte der FEFAC-Präsident.

Ändere die Europäische Union die bestehenden Einfuhrregeln nicht, verschärften sich die Probleme im kommenden Jahr weiter: Bis dahin werden „Roundup Ready 2“ und „Optimum GAT“ Dörings Aussagen zufolge auf den südamerikanischen Markt gelangt sein, so dass die europäischen Importeure dann auch von dort keine Ware mehr beziehen könnten. „Im schlimmsten Fall könnten wir 35 Mio t Sojaschrot und -bohnen aus Nord- und Südamerika verlieren. Das hätte eine Vervier- bis Versechsfachung des Preises der Eiweißträger zur Folge“, so der FEFAC-Präsident.

### Produktion von Schweine- und Geflügelfleisch betroffen

Er rechnet damit, dass damit insbesondere die Produktion von Geflügel- und Schweinefleisch in Europa um etwa 40% bzw knapp 35% sinken würde. Bei dieser Einschätzung stützt sich die Industrie auf eine Studie, die die Generaldirektion Landwirtschaft der Europäischen Kommission selbst im vergangenen Jahr vorgelegt hatte. Um diese Entwicklung zu verhindern und weiterhin Soja vom US-Markt beziehen zu können, forderte Döring die EU-Kommission auf, umgehend Schwellenwerte für „kontaminiertes“ Importsoja einzuführen. „0,9% für GV-Sorten ohne EU-Zulassung, aber mit positiver Risikobewertung wären ein praktikabler Wert“, so der FEFAC-

Präsident. Am ehesten auf offene Ohren stoßen dürfte die europäische Mischfutterindustrie mit ihrer Forderung bei EU-Agrarkommissarin Mariann Fischer Boel.

reicht - die ihrerseits unter großem Druck aus verschiedenen Richtungen steht: Umwelt- und Naturschützer von Greenpeace beispielsweise machen in Brüssel lautstark



Futtersilo: Für die europäische Mischfutterindustrie ist die EU-Politik in der Gentechnik praktisch mit einem Einfuhrverbot für Soja aus USA gleichzusetzen  
Foto :Shutterstock

Sie gilt in der Frage der GVO-Zulassung grundsätzlich als pragmatisch. Sollte sie die Forderung tatsächlich unterstützen, wird sie allerdings wohl mit dem Widerstand vor allem ihres griechischen Amtskollegen Stavros Dimas rechnen müssen: Er gilt als GVO-kritisch, ist als EU-Umweltkommissar aber gemeinsam mit der erst kürzlich neu ernannten Gesundheitskommissarin Androulla Vassiliou aus Zypern federführend für Fragen der Gentechnik in Europa zuständig.

Ohnehin ist die Zulassung gentechnisch veränderter Pflanzen im Augenblick ein heikles Thema in der Europäischen Union. Im eigentlich entscheidungsbefugten Ministerrat, der Vertretung der EU-Mitgliedsstaaten, kommt es bei entsprechenden Abstimmungen regelmäßig zu Patt-Situationen. Gemäß der Verfahrensregeln wurden die Anträge danach immer zur endgültigen Entscheidung an die EU-Kommission weiterge-

Lobbyarbeit gegen GVO jeder Art. Gleichzeitig wird immer wieder Kritik laut an der wissenschaftlichen Arbeit der Europäischen Lebensmittelbehörde EFSA, auf deren Urteile sich die europäischen Entscheidungsgremien stützen. Unter diesen Rahmenbedingungen laufen derzeit Zulassungsverfahren für 69 GV-Pflanzen, darunter 35 Mais- und 7 Soja-Sorten. Für 4 Pflanzen ist das Verfahren bereits in der letzten Stufe; sie warten nun auf eine endgültige Entscheidung der EU-Kommission.

Dass die EU-Kommission Ende März den Import der GV-Sorte „GA21“ zugelassen hat, wird in Brüssel zwar als Reaktion auf den wachsenden Druck von WTO und Industrie gewertet. Daraus abzuleiten, dass die Brüsseler Behörde in Kürze auch weiteren GV-Pflanzen grünes Licht erteilen, wäre jedoch verfrüht. Dazu scheinen die Fronten innerhalb der Kommission derzeit zu verhärten.  
NfA/18.4.2008

NL / BAUINDUSTRIE

### ThyssenKrupp erhält Auftrag für Aufzugssystem

DÜSSELDORF (Dow Jones)--Die ThyssenKrupp Elevator AG hat den Auftrag erhalten, das neue Hauptverwaltungsgebäude der Rabobank im niederländischen Utrecht mit Aufzügen auszustatten. Wie das Unternehmen mitteilte, umfasst der Auftrag die Lieferung von 19 Aufzugssystemen. Über den Preis machte ThyssenKrupp keine Angaben. Die Fertigstellung des Gebäudes, das Platz für rund 6.300 Mitarbeiter bietet, ist für das Jahr 2009 geplant.  
NfA/18.4.2008

GB / INVESTITIONEN

### Mischkonzern Manitowoc übernimmt Enodis

LONDON (Dow Jones)--Der US-Mischkonzern Manitowoc hat den britischen Küchentechnologieproduzenten Enodis für 948 Mio GBP (1,19 Mrd EUR) gekauft. Zudem übernehme sie Schulden in Höhe von 207 Mio USD, teilte Manitowoc mit Sitz in Manitowoc im US-Bundesstaat Wisconsin mit. Mit der Übernahme möchte das US-Unternehmen seine Präsenz im Bereich von Geräten für Eis, Tiefkühlprodukte und Getränke verstärken. Enodis produziert unter anderem Frit-teusen für die Fast-Food-Kette McDonald's. Manitowoc erzielte 2007 ein Nettoergebnis von 2,64 Mrd USD und setzte 4 Mrd USD um. Enodis erreichte im vergangenen Jahr ein Nettoergebnis von 104,8 Mio GBP und einen Erlös von 804,4 Mio GBP.  
NfA/18.4.2008

NORWEGEN / ROHSTOFFE

### Eramet übernimmt Manganproduzenten Tinfos

PARIS (Dow Jones)--Eramet übernimmt die norwegische Tinfos AS auf dem Wege einer Bar- und Aktientransaktion, die den norwegischen Produzenten von Manganlegierungen mit rund 593 Mio EUR bewertet. Darauf habe man sich mit den Hauptaktionären von Tinfos geeinigt, teilte das französische Bergbau- und Metallunternehmen mit. Die Übernahme stärke Eramets Position im Bereich Manganlegierungen. Nach Beendigung der Transaktion würden die Hauptaktionäre von Tinfos eine Beteiligung an Eramet in Höhe von 2,4% halten.

Das französische Unternehmen ist weltweit der zweitgrößte Produzent von Manganlegierungen und hat im vergangenen Jahr einen Output von 760.000 t erreicht. Hier-von stammte nahezu die Hälfte aus Norwegen. In Gabun verfügt Eramet über eine Anlage für hochgradiges Manganerz. Vom Weltmarkt für Mangan, der 2007 auf 13 Mio t geschätzt wurde, entfallen 6% auf das Unternehmen.  
NfA/18.4.2008

SPANIEN / ENERGIE

## Iberdrola gegenüber Fusionen und Übernahmen offen

Einige Entscheidungen sind grundsätzlich getroffen / Bei neuen Bedingungen stehen Entscheidungen erneut zur Disposition

BILBAO (Dow Jones)--Die Iberdrola SA ist bereit, potenzielle Fusions- und Übernahmeszenarios zu prüfen. Formelle Gespräche mit dem spanischen Erdgaskonzern Gas Natural SDG SA, Barcelona, habe man aber noch nicht geführt, sagte Ignacio Galan, der Chairman des Unternehmens.

Spanischen Medienberichten, denen zufolge er bei einem Treffen mit Aktionären und Topmanagern von Gas Natural vergangene Woche über ein mögliches Gebot für deren Unternehmen diskutiert

habe, widersprach er. „Es gibt keine Transaktion oder die Aussicht auf eine Transaktion mit Gas Natural“, sagte Galan. Auch habe er in den vergangenen Monaten keinen Kontakt zu Electricite de France gehabt. Seit Beginn des Jahres ranken sich Gerüchte um Iberdrola, der Energiekonzern plane eine freundliche Übernahme von Gas Natural. Zuvor hatte es Spekulationen gegeben, der staatliche kontrollierte französische Energiekonzern EDF dränge auf den spanischen Markt. Sollte irgendeine Transaktion anstehen, werde Spani-

ens größter Energieversorger gemessen am Marktwert sich strikt an bestimmte Kriterien halten, sagte Galan. So dürften die Regulierungsbehörden beispielsweise keine Verkäufe größerer Unternehmensteile verlangen.

Galan sagte außerdem, Iberdrola habe noch keine Entscheidung darüber getroffen, ob sie ein Gebot für British Energy abgeben wird oder sich am Bau eines neuen Atomkraftwerks in Großbritannien beteiligen wird. Den Abschluss der 4,5-Mrd-USD-Übernahme des US-

Rivalen Energy East Corp kündigte der Chairman für Anfang des Sommers an. Die New York Public Service Commission hatte eine Unterbrechung der Prüfung beantragt, bis EdF klarstellt, ob sie selbst für Iberdrola bieten will. Falls die Kommission Iberdrola „inakzeptable Bedingungen“ zur Übernahme von Energy East auferlege, werde Iberdrola die Transaktion vielleicht absagen und nach weiteren Gelegenheiten auf dem US-Energiesektor Ausschau halten, so Galan.  
NfA/18.4.2008

**NORD- UND SÜDAMERIKA****USA / FINANZIERUNG****S&P warnt vor steigenden  
Kosten an Kreditmärkten**

FRANKFURT (Dow Jones)--Unternehmen, die sich im Laufe des Jahres an den US-Kreditmärkten refinanzieren wollen, müssen sich nach Ansicht der Ratingagenturen Standard & Poor's auf steigende Finanzierungskosten einstellen.

Nach Berechnungen von S&P werden bis zum Jahresende mit einem Investmentgrade bewertete Schuldtitel im Volumen von 94 Mrd USD fällig. Daneben erreichen Sub-Investmentgrade-Papiere mit einem Volumen von 22 Mrd USD die Fälligkeit. Der Konsumsektor stehe unter besonderem Druck, weil hier allein Papiere im Volumen von 6,7 Mrd USD refinanziert werden müssen.

Zwar müsse die im großen Stil anstehende Refinanzierung nicht per se zu steigenden Ausfällen bei spekulativen Schuldtiteln aus dem Nicht-Finanzsektor führen, man dürfe dieses Risiko aber auch nicht unterschätzen, sagte Diane Vazza, Leiterin der Global Fixed Income Research Group. Unternehmen, die umschulden müssen, sollten sich trotz gesunkener Leitzinsen wegen steigender Kupons bei „High-Yields“ auf höhere Kosten einstellen.

NfA/18.4.2008

**USA / LUFTFAHRT****American Airlines verkauft  
Tochtergesellschaft**

DALLAS (AP)--Der Mutterkonzern der US-Fluggesellschaft American Airlines, AMR, verkauft seine Vermögensverwaltungstochter American Beacon Advisors an zwei Investmentunternehmen. AMR erklärte, Beacon gehe für 480 Mio USD (303 Mio EUR) an die Lighthouse Holdings und TPG Capital. Wie alle Fluggesellschaften hat auch American Airlines mit hohen Kosten für Kerosin zu kämpfen. AMR mit Sitz in Fort Worth in Texas will den Verkauf im Sommer abschließen.

NfA/18.4.2008

**BRASILIEN / FINANZ.****Notenbank erhöht Leitzins  
um 50 Basispunkte**

BRASILIA (Dow Jones)--Die brasilianische Zentralbank hat ihre Geldpolitik stärker gestrafft als von Marktteilnehmern erwartet. Angesichts des Inflationsausblicks sei einmütig beschlossen worden, den Leitzins um 50 Basispunkte auf 11,75% zu erhöhen, erklärte der Geldpolitische Ausschuss im Anschluss an seine Sitzung. Damit wurden die Zinsen in Brasilien zum ersten Mal seit 35 Monaten angehoben. An den Finanzmärkten war nur eine Straffung um 25 Basispunkte erwartet worden. Im März war die jährliche Inflationsrate auf 4,7% von 4,6% im Februar gestiegen.

NfA/18.4.2008

**EL SALVADOR / UMWELTSCHUTZ****Wasserwerke schaffen neue Technik an**

Staat priorisiert Investitionspläne / Sprunghaftes Marktwachstum / Von Günter Schranz

SAN SALVADOR (Dow Jones/bfai)--Die Erweiterungspläne der staatlichen Wasserwerke werden zum festen Bestandteil der salvadorianischen Entwicklungspolitik und erhalten dadurch eine entsprechende Priorität. Gleichzeitig laufen der private und der gewerbliche Bausektor auf Hochtouren. Als Folge davon hat sich der Markt für Wassertechnik seit 2004 prächig entwickelt. Die nationalen Importe zeigen in einigen Bereichen eine Vervielfachung der Nachfrage, in jedem Fall aber einen generell überdurchschnittlichen Wachstumstrend.

Die salvadorianische Regierung wird sich zukünftig mehr um den Ausbau der Wasserversorgung und der Abwasserentsorgung kümmern. Dies bestätigte Rubén Alemán, der Direktor der staatlichen Wasserwerke ANDA. „Lange haben wir das vernachlässigt“, so Alemán wörtlich, „aber jetzt wird das Thema in die politische Agenda unseres Landes aufgenommen“. Wie Aleman weiter verlauten ließ, wird es auf nationaler Ebene schon bald neue Projekte zur Wasserversorgung und zur Abwasserentsorgung geben.

Im Abwasserbereich will die ANDA mittel- bis langfristig zweigleisig fahren: Während in länd-

lichen Regionen Pilotprojekte mit kleinen Wasserwiederaufbereitungsanlagen erste Erfahrungen vermitteln sollen, werden im Großstadtbereich Machbarkeitsstudien über den Einsatz von Großanlagen zur Abwasserklärung durchgeführt. Diese sollen bis zu 70% des städtischen Abwassers aufnehmen und reinigen.

Die ANDA erhöhte ihre Investitionen von 3 Mio USD im Jahr 2004 auf 24 Mio USD im Jahr 2007 und führte ihren Investitionsplan damit zu rund 90% aus. Laut einem Bericht, der im November 2007 auf der lateinamerikanischen Konferenz für Sanitärarbeiten, Lati-

nosan, veröffentlicht wurde, werden die großen Investitionen erst noch kommen. Mittel- bis langfristig, so der Report, muss El Salvador rund 12 Mrd USD in die Abwasserentsorgung investieren.

Die ANDA ist der größte Auftraggeber im Bereich Wasserversorgung und Abwasserentsorgung. Als staatliches Institut muss sie alle Projekte in Ausschreibungsbuletins und durch Veröffentlichungen im Internet ausschreiben. Letztere beinhaltet unter anderem einen detaillierten statistischen Bericht über die Situation in El Salvador. Außerdem informiert die Seite im Abschnitt Programas über aktive Hilfsorganisationen im Land, Geberländer und andere internationale Player im salvadorianischen Sanitärbereich.

Neben der ANDA gibt es in El Salvador noch kommunale und autonome Wassernetze. Diese sind allerdings wesentlich kleiner ausgelegt und konzentrieren sich in der

Regel auf die Wasserversorgung, weniger auf die Abwasserentsorgung. Ihr Interesse liegt in der Ausführung von eher kleinen Projekten, wobei sie oft von der ANDA unterstützt werden. Nicht selten haben sie auch Kontakt zu internationalen Gebern, Kooperationsprogrammen oder gar einer Finanzierung.

Ein weiterer wichtiger Abnehmer von Sanitärtechnik ist der private Sektor. Der in El Salvador anhaltende Bauboom fragt besonders Wassertechnik für private Häuser und gewerbliche Gebäude nach. Diese werden entweder über den vereinzelt auftretenden Fachhandel vertrieben oder über die großen Ketten der Eisenwarenhändler wie zum Beispiel Freund, Goldtree oder Vidri.

Einem Bericht der Vereinten Nationen von 2007 zufolge besitzen nur 81 von 262 salvadorianischen Gemeinden ein Kanalisationsnetz und insgesamt werden nur 3% der nationalen Abwasser vor ihrer Einleitung in Bäche und Flüsse in irgendeiner Form behandelt. Entsprechende Investitionen müssen deshalb nicht nur unter umweltpolitischen Gesichtspunkten, sondern auch zum Schutz der Bevölkerung vor gesundheitlichen Belastungen durchgeführt werden.

S.C./NfA/18.4.2008

**Import von Produkten der Wassertechnik in 1.000 USD**

HS-Code	Wassertechnik/Abwasserbehandlung/Behandlung anderer Flüssigkeiten	2004	2005	2006
3926.90	Schmutzkörbe und Abwassersiebe aus Kunststoff u.a.	11.928	13.166	13.984
7308.90	Schützen, Wehre etc. für Wasserbau u.a.	6.685	6.796	9.503
7326.90	Schmutzkörbe und Abwassersiebe aus Stahlblech u.a.	1.200	1.405	1.787
8207.19	Andere Erd-, Gesteins- oder Tiefbohrwerkzeuge	524	415	914
8410	Wasserturbinen, Wasserräder und Regler	1.083	718	110
8413	Flüssigkeitspumpen	10.388	13.891	16.867
8419.89	Thermische Abwasserbehandlungsanlagen u.a.	2.303	3.577	3.769
8421	Apparate z. Filtrieren u. Reinigen v. Wasser	9.552	10.891	13.859
8481	Armaturen, Ventile	10.797	11.691	17.135
9025	Dichtmesser/Thermometer/Hygrometer	1.426	895	1.053
9026.10	Instrumente zum Messen von Flüssigkeiten	458	577	1.000
9027.20	Chromatographen- u. Elektrophoresegeräte	149	392	524
9028.20	Flüssigkeitszähler	478	1.830	177

Quelle: Secretaría de Integración Económica Centroamericana, 04/2008

**MEXIKO / WIRTSCHAFT UND POLITIK****1,6 Mrd EUR für die alltägliche Korruption**

Bestechungsgeld bei jedem zehnten Behördenvorgang fällig

MEXICO D.F. (AP)--Die Mexikaner haben im vergangenen Jahr umgerechnet 1,6 Mrd EUR für die Bestechung von Polizisten, anderen Beamten oder Privatleuten ausgegeben. Nach einer Erhebung der Organisation Transparency Mexico waren das 42% mehr als 2005.

Die Studie schätzt die Zahl aller Bestechungsvorgänge auf 197 Mio, verglichen mit 115 Mio zwei Jahre zuvor. Dies bedeutet fast zwei Bestechungsfälle im Jahr pro Kopf der Bevölkerung. Das für Korruption ausgegebene Geld verschlingt etwa 8% des durchschnittlichen Einkommens einer Familie. Der durchschnittliche Betrag für eine Zahlung sank allerdings innerhalb von zwei Jahren von 10 auf 8 EUR. Für die Erhebung wurden 17.000 Personen befragt.

Bei rund 10% aller Behördenvorgänge bewegt sich nur dann etwas, wenn Geld fließt. Dazu gehört die

Ausstellung einer Baugenehmigung ebenso wie die Fahrgenehmigung fürs Auto (entspricht TÜV-Plakette) oder die Lizenz für Straßenverkäufer.

**Regierung schiebt die  
Schuld auf die Bürger**

In vielen Berufen gehört Bestechung zum Alltag. So zahlt ein Busfahrer einem Polizisten jedesmal 20 bis 50 Peso (2 bis 3 EUR), wenn er dabei erwischt wird, dass er Fahrgäste außerhalb der offiziellen Haltestellen ein- oder aussteigen lässt. Bei der Suche nach einem Parkplatz

muss man vielfach einen privaten Parkwächter bezahlen, der einen Straßenabschnitt überwacht und Autofahrern freie Plätze zuweist. Dieser Parkwächter muss wiederum Polizisten bestechen, damit diese ihn gewähren lassen.

Die mexikanische Regierung sieht die Wurzel des Problems darin, dass die Bürger sich nicht weigern, ein gefordertes Bestechungsgeld zu zahlen. In Anzeigenkampagnen werden die Mexikaner aufgefordert, Korruption zu melden. Allerdings könnte es dabei wieder zur nächsten Bestechung kommen: Nach den Ergebnissen der Studie gehört die Bezahlung von Polizeibeamten zur Aufnahme einer Anzeige zu den häufigsten Bestechungsvorgängen. NfA/18.4.2008

**KONTAKT:**

Administración Nacional de  
Acueductos y Alcantarillados  
Tel.: 0050/3/22 25-83 77  
Internet: www.anda.gob.sv

Goldtree  
Internet:  
www.goldtree.com.sv

Vidri  
Internet: www.vidri.com.sv

**USA / KONJUNKTUR****Industrieproduktion  
im März unerwartet gestiegen**

WASHINGTON (Dow Jones)--Die Industrieproduktion in den USA ist im März um 0,3% gestiegen. Zugleich stieg die Kapazitätsauslastung auf 80,5%, wie die Federal Reserve weiter mitteilte. Im Februar hatte sich die Industrieproduktion um revidiert 0,7% verringert. Die Kapazitätsauslastung wurde auf 80,3% revidiert.

Im Verarbeitenden Gewerbe, das für einen Großteil der Industrieproduktion steht, wurde im März binnen Monatsfrist ein Produktionsplus von 0,1% verzeichnet. Bei den Versorgern ergab sich den Angaben zufolge sogar ein Anstieg von 1,9%. Bei der Herstellung langlebiger Konsumgüter wurde ein Rückgang um 2,1% registriert, bei Verbrauchsgütern ergab sich ein Plus von 0,5%. Der Bergbausektor verbuchte einen Zuwachs um 0,9%. NfA/18.4.2008



IRAN / TEXTIL UND LEDER

# Textilmaschinensektor ohne Impulse

Europäische Lieferanten verlieren Marktanteile / Konkurrenz aus Fernost holt auf / Von Rolf Weitowitz

TEHERAN (Dow Jones/bfai)--Der Textilmaschinensektor Irans war in den letzten Jahren von einer unterdurchschnittlichen Entwicklung geprägt. Wichtige Einflussfaktoren sind die staatliche Einfuhrpolitik und Mittelverfügbarkeit für Importe. Zunehmend negativ wirken die asiatische Konkurrenz und deren Textilfertigprodukte, die den Lokalmarkt überschwemmen. Europäische Länder sind wichtige Lieferanten von Textilmaschinen, verlieren aber zunehmend Anteile an asiatische Konkurrenten.

Iran muss in Textilmaschinen investieren und braucht dazu staatliche Förderung. Diese Auffassung vertreten Beobachter mit Blick auf die Wettbewerbsfähigkeit der Branche. In der Vergangenheit kaufte Iran entsprechende Produkte in hoher Zahl im Ausland ein, doch seit dem Jahr 2005/06 stagnieren die Importe. Gravierende Einbrüche verzeichneten zum Beispiel Düsenmaschinen, Vorspinnmaschinen und Maschinen der HS-Position 8446.30. Andererseits wurden deutlich mehr Maschinen zum Dublieren von Spinnstoffen und Maschinen der HS-Pos. 8449.00 aus dem Ausland gekauft.

Europäischen Länder zählen zu den wichtigen Lieferanten von Textilmaschinen, wie eine Auswertung der Außenhandelsdaten international verfügbarer Statistiken belegt. Im Rahmen der gesamten deutschen Maschinenausfuhr in den Iran erlitt die Sparte Textilmaschinen 2006 gegenüber dem Vorjahr

2005 einen Einbruch um fast 50%. Der Anteil erreichte 2006 nur noch 2,9%. Aufgrund der Sanktionsmaß-

nahmen ist ein weiterer Rückgang zu erwarten. Steigende Lieferungen erfolgen gleichzeitig aus den asiatischen Ländern, zum Beispiel aus der VR China, aus Japan und aus Korea (Rep.).

Die Volatilität der jährlichen Lieferungen von Textilmaschinen nach Iran - in der Vergangenheit überwiegend ein Spiegelbild der Devisenverfügbarkeit - wird durch die Konkurrenz asiatischer Produzenten von

Textilwaren mit günstigen Produktionskosten verstärkt. Gleichzeitig stoßen die geringen iranischen Sektorexporte in die GUS-Staaten und die arabischen Nachbarländern auf ständig wachsende asiatische Konkurrenz. Diese Lieferungen - 2005/06 handelte es sich um Jacken, Garne und Blusen aus Wolle im Wert von fast 70 Mio USD - stellen kein regelmäßiges Exportgeschäft dar, erfordern aber den Einsatz von speziellen Textilmaschinen für die Produktion. Der lokale Ausstoß der Textilindustrie stagnierte gleichzeitig und verlor Anteile im Konkurrenzkampf mit den Billigprodukten aus den asiatischen Ländern.

### Markt während der Sanktionen aufmerksam beobachten

Für den Textilmaschinensektor gilt das, was für die gesamte Wirtschaft gilt, der bedeutende iranische Absatzmarkt mit 70 Millionen Konsumenten sollte aufmerksam und abwartend bis zur Aufhebung der Sanktionen im Auge behalten werden. Langfristig werden überdurchschnittliche Wachstumsraten erwartet, die gute Lieferchancen bieten könnten.

Wegen der gegenwärtig geltenden Exportkontrollbestimmungen für das Irangeschäft und deren Umset-

zung sollten deutsche Unternehmen grundsätzlich das zuständige Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) einschalten. Dieses erteilt Auskünfte über die Einschränkungen bei der Geschäftsabwicklung. Für Angelegenheiten des Zahlungsverkehrs ist die Deutsche Bundesbank in Frankfurt zu kontaktieren. Die Auswirkungen der Sanktionsverschärfung von Anfang März bleiben abzuwarten.

W.R./NfA/18.4.2008

### KONTAKT:

Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA)  
Referat 214  
Tel. 06196/90 88 70  
Internet:  
www.ausfuhrkontrolle.info

Deutsche Bundesbank  
Servicezentrum  
Finanzsanktionen  
Tel. 089/28 89-38 00  
E-Mail: sz.finanzsanktionen@bundesbank.de  
Internet: www.bundesbank.de

Irano-German Chamber of Industry and Commerce  
Tel.: 009821/81 33 00 00  
Internet: www.iran.ahk.de

Produktion der iranischen Textilindustrie (Auswahl)			
Produkt	2002/03 (1381)	2004/05 (1383)	2005/06 (1384)
Polyesterfaser (t)	36.525	33.256	33.095
Polyestergarne (t)	16.000	18.978	18.417
Acrylfaser (t)	34.000	45.908	48.775
Nylongarne (t)	23.400	17.422	9.355
Garne aus Baumwolle u. synth. Fasern (1.000 t)	205,1	200,4	201,2
Hochbauschgarne (t)	30.000	30.283	30.387
Gewebe aus Baumwolle u. synth. Fasern (1.000 qm)	934.344	945.345	947.724
Kammgarnstoffe (1.000 qm)	45.200	45.383	45.548
Wolldecken (1.000 St.)	11.169	11.355	11.401
Nadelfilzteppichboden (1.000 qm)	83.169	87.376	87.668
Tufting-Teppichboden (1.000 qm)	72.000	84.141	84.485
Maschinenteppiche (1.000 qm)	38.157	39.549	39.699
Quelle: Industrieministerium			

WIRTSCHAFT UND POLITIK

# Länder des Golf-Kooperationsrates bleiben bürokratisch

Kritik an Grenzabfertigungen und langsamer Gerichtsbarkeit / Von Martin Böll

DUBAI (Dow Jones/bfai)--Die Staaten des Golf-Kooperationsrates (GCC) wollen schon seit langem Handelshemmnisse und Bürokratie abbauen - und kommen doch nur langsam voran. Während einige gesetzliche Hürden geschliffen wurden, hakt es weiterhin in der Praxis. Seit dem 1. Januar haben die Staaten einen gemeinsamen Markt, behindern sich aber weiterhin beim Warenverkehr. Während Bahrain von Praktikern gelobt wird, gilt Saudi-Arabien als Schlusslicht. Ganz anders die Weltbank: Sie lobt Riad ausdrücklich für seinen Reformeifer.

Die Staatsangehörigen Bahrains, Katars, Kuwaits, Omans, Saudi-Arabiens und der Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) genießen seit Anfang des Jahres die gleichen Rechte, wenn es um Reisen und Beschäftigung geht, und die gleichen wirtschaftlichen Chancen. „Die Bürger des gemeinsamen Marktes dürfen innerhalb der Gemeinschaft jede wirtschaftliche Aktivität ausüben, insbesondere Handel und Investitionen,“ sagt Abdul Rahman Al Attiyah, Generalsekretär der GCC.

Das mag alles stimmen, berichten Außenhändler, das Tagesgeschäft aber sei bislang gleich mühsam geblieben. Die Harmonisierung des Marktes stehe erst am Anfang, heißt es. Von dem Geist der Gemeinsamkeit sei noch nicht viel zu spüren. Eigentumsrechte, Investitionsbestimmungen und Handelsbürokratie seien in den Mitgliedsländern oft grundverschieden. Für die vielen

Bestimmungen interessierten sich die Entscheidungsträger aber kaum, die Bürokratie komme mit dem rasanten Wirtschaftswachstum nicht mehr mit, Reformen blieben aus.

### Großprojekte werden beachtet

Wenn überhaupt, hätten die Herrscher nur ein Ohr für die großen Vorhaben. So werde der Gemeinsame Markt wohl erst einmal dort Realität werden, wo es um Kooperationen bei ruhmreichen Regionalprojekten gehe: Ein gemeinsames Stromnetz, grenzüberschreitende Wasserversorgung und irgendwann einmal auch ein großes Eisenbahnnetz. Solch visionäre Vorhaben können sich der Aufmerksamkeit der Führungselite sicher sein, die Hürden des täglichen Handelsgeschäfts aber nicht.

Die Dubai Chamber of Commerce and Industry (DCCI) hat bei ihren Mitgliedern nachgefragt,

bei welchem Handelspartner in der Region die Reibungsverluste gering seien und wo nicht. Die Antwort war eindeutig: Mit Bahrain läuft der Handel glatt, mit Saudi-Arabien nicht. Mehr als zwei Drittel der Befragten beklagten Schwierigkeiten mit dem Zollprozedere der Saudi-Araber, drei Fünftel meldeten Verzögerungen bei der Grenzabfertigung. Vor allem die Zolltarife bereiten Sorgen, Informationen seien nicht zu bekommen und von einheitlichen Buchführungsstandards könne keine Rede sein.

Dabei sind die Ansprüche offensichtlich gering. So wird der „reibungslose“ Handel mit Bahrain gepriesen, weil „nur“ 12% der Befragten über Schwierigkeiten an den bahrainischen Grenzstationen klagen - für einen gemeinsamen Markt eine immer noch erstaunlich hohe Zahl. Aber das ist wohl relativ zu sehen, wenn dreimal soviele Händler Probleme an der kuwaitischen Grenze haben und fünfmal soviele mit Saudi-Arabien.

Unverständlich erscheinen auch die vielen Beschwerden über die Produktspezifikation. Rund 28% der Befragten haben in diesem Punkt laufend Ärger mit Saudi-Arabien, während Kuwait und Katar mit Quoten von 15% auch nicht gerade gut

dastehen. Dabei gibt es seit Januar 2003 für alle GCC-Staaten einen einheitlichen Zolltarif von meist 5%, welcher den internen GCC-Handel beflügeln und die Kooperation fördern soll. Diese Zollunion war die Voraussetzung für den Gemeinsamen Markt und die für 2010 angestrebte Währungsunion mit einheitlichem Zahlungsmittel.

### Guter Platz bei „Doing Business“

Anspruch und Wirklichkeit im Geschäftsleben auf der arabischen Halbinsel differieren mitunter, hat auch die Weltbank in ihrer jährlichen Erhebung „Doing Business“ festgestellt. Sie kommt jedoch zu teilweise deutlich anderen Schlüssen, als dies die Befragung der Dubai Chamber vermuten lässt: In ihrer Rangliste 2008, in der 178 Länder danach geordnet worden sind, wie einfach es dort ist, Geschäfte zu machen, kommt Saudi-Arabien auf einem bemerkenswerten 23. Platz, gerade einmal drei Ränge hinter Deutschland. Und auch Kuwait wird nicht schlecht bewertet, während der Jemen, was allerdings niemanden überraschen dürfte, den schlechtesten Eintrag unter den Ländern der Arabischen Halbinsel hat.

In ihrem letzten Bericht lobt die Weltbank vor allem Saudi-Arabien als einen der Top-Reformer 2006/07, namentlich wegen Erleichterungen bei der Geschäftsgründung, wegen des leichteren Zugangs zu Krediten und einer Entbürokratisierung des Außenhandels. Kuwait wurde für seine besseren Regelungen bei Lizenzfragen und der Kreditbeschaffung gewürdigt.

Saudi-Arabien konnte vor allem auch deshalb punkten, weil es im Juni 2007 eine Bestimmung kippte, die für eine Geschäftsgründung ein Minimumkapital von über 120.000 USD vorgeschrieben hatte. Die Zahl der Prozeduren für eine Geschäftsgründung wurde gleichzeitig von 13 auf sieben reduziert und damit analog der Zeitaufwand und die Kosten.

Trotz dieser Reformen überrascht die Weltbank-Erhebung mit einigen negativen Punkten. Zwar erhalten die VAE in den deutschen Medien als moderner Handelsumschlagplatz und „Übermorgenland“ meist relativ gute Noten, dennoch ist es der Weltbank zufolge dort äußerst mühsam, ein Geschäft zu gründen. Auch die Gerichtsbarkeit des Landes kann mit der rasanten Entwicklung nicht Schritt halten.

M.B./NfA/18.4.2008

Fortsetzung von Seite 1:

**Deutsche Wirtschaft kommt mit Finanzkrise klar**

Alle drei Staaten seien durch eine Immobilienblase und durch ein hohes Maß der Verschuldung der privaten Haushalte gekennzeichnet, so der Manager weiter. Sie zeigten damit ähnliche Symptome wie die US-Wirtschaft. Für Gesamteuropa rechnet David ebenfalls mit einem Wachstum von 1,5% in diesem Jahr. Das Wachstum Chinas wird dem Manager zufolge von 11% im Jahr 2007 auf etwas unter 10% in diesem Jahr sinken. Die Gefahren für die chinesische Konjunktur lägen in der Tendenz zum Überinvestment und im Aufbau von Überkapazitäten, insbesondere in den Branchen, Stahl, Automobilbau oder Bau begründet. Von der Abschwächung der US-Konjunktur werde China entgegen landläufiger Meinung dagegen nur wenig betroffen.

Karl-Heinz Schröter, Senior Vice President von MAN Ferrostaal, beklagte für sein Unternehmen den im Kontext der jüngsten weltwirtschaftlichen Entwicklung niedrig bewerteten Dollar. Dadurch erleide die Gesellschaft Nachteile im Vergleich zu Anbietern aus dem Dollar-Raum. Zudem werde das Sourcing verstärkt auf Lieferanten aus diesem Bereich umgestellt. Im Gegensatz etwa zur Automobilbranche könne MAN Ferrostaal mit seiner stark diversifizierten Produktpalette sich nur schwer gegen das Kursrisiko absichern.

cdg/NfA/18.4.2008

WELT / STAHL

**Stahlverbrauch bleibt auf Rekordkurs**

ST. PETERSBURG (Dow Jones)--2008 wird ein weiteres starkes Stahljahr. Das International Iron and Steel Institute (IISI) sagt einen Anstieg des Stahlverbrauchs gegenüber dem Vorjahr um 6,7% auf 1,282 Mrd t von 1,202 Mrd t voraus und geht für 2009 von einer globalen Wachstumsrate von 6,3% aus.

Auf der IISI-Konferenz in St. Petersburg sagte Chairman Ku-Taek Lee, trotz der Schwächen in der Wirtschaft der USA und der Europäischen Union bleibe der Stahlbedarf hoch. Das sei teilweise den Schwellenländern zuzuschreiben, die ihre eigene Dynamik beibehalten. Führend würden erneut die sogenannten BRIC-Län-

der (Brasilien, Russland, Indien und China) sein, für die Wachstumsraten von 11,1% und 10,3% in den Jahren 2008 und 2009 vorausgesagt würden.

Da aber auch in anderen Schwellenländern die Nachfrage nach Stahl zunehme, werde sich die bisher erwartete starke Differenz zwischen den BRIC-Ländern und der übrigen Welt annähern. Chinas Stahlverbrauch werde in den beiden genannten Jahren um 11,5% bzw 10,0% wachsen und im laufenden Jahr 35% der weltweiten Gesamtmenge für sich in Anspruch nehmen.

Im kommenden Jahr werde sich dieser Anteil auf 36,7% erhö-

hen. Für Indien seien Zuwächse von 8,9% bzw 12,1% anzunehmen. Der russische Markt wird den Angaben nach um 10,2% bzw 11,2% wachsen und der brasilianische um 10,3% bzw 8,9%. Moderater werde die Stahlnachfrage in der EU steigen: um 1,6% im laufenden Jahr und um 2,3% im Jahr 2009. In der NAFTA-Region führten die Konjunkturschwäche, Bestandsabbau und sinkende Importe 2007 zu einem Wachstumsrückgang von 9,1%. 2008 erwartet das IISI hier eine stabilere Position und ein Wachstum um 1,9%, dem 2009 ein weiterer Anstieg von 1,0% folgen werde.

NfA/18.4.2008

WELT / WIRTSCHAFT UND POLITIK

**Hedgefonds verwalten 2,65 Bill USD**

NEW YORK (Dow Jones)--Das von Hedgefonds verwaltete Vermögen hat sich nach Informationen des Finanzdienstleisters HedgeFund Intelligence Anfang 2008 auf 2,65 Bill USD belaufen. Wie das Unternehmen mitteilte, wurde das Vorjahresniveau damit um 27% überschritten.

Dabei sei das verwaltete Vermögen noch in der zweiten Jahreshälfte 2007, also mitten in der Finanzmarktkrise, um 6,6% gewachsen. Rund zwei Drittel des erhöhten Mittelaufkommens sei auf frisches Geld von hauptsächlich institutionellen Investoren zurückzuführen. Im Durchschnitt hätten die Fonds

ihren Anteilseignern 8% Rendite beschert. HedgeFund Intelligence zufolge gab es Anfang 2008 nahezu 400 Hedgefonds mit einem verwalteten Vermögen von mindestens 1 Mrd USD, auf die 80% der Einlagen entfielen. Von diesem großen Fonds seien 255 in den USA ansässig.

NfA/18.4.2008

IMPRESSUM

**Nachrichten für Außenhandel**

Redaktion: +49 (0) 69/29 72 54 15

E-Mail: nfa.de@dowjones.com

Internet: www.djnewsletters.de/nfa

Abo-Service: +49 (0) 69/29 72 51 66

E-Mail: service.europe@dowjones.com

Anzeigen: +49 (0) 69/29 72 51 63

E-Mail: anzeigen@dowjones.com

**Herausgeber und Verlag:**

Dow Jones News GmbH, Baseler Arkaden, Wilhelm-Leuschner-Straße 78, 60329 Frankfurt am Main; HRB 58631 Frankfurt

**Geschäftsführer:** Dr. Matthias Paul, Volker Schneider, Simon Alterman, Tom McGuirl und Nate Rogers**Chefredakteure:** Gunnar Erth, Lars Hoffmann**Redaktion:** Willibald Schleiff, Hans Seidenstücker

Reporter: Claus-Detlef Großmann


**Erscheinungsweise:** montags bis freitags.**Druck:** Societätsdruck, Frankenallee 71-81, 60327 Frankfurt am Main. Für die Herstellung der Nachrichten für Außenhandel wird ausschließlich Recyclingpapier verwendet.

Dow Jones News stützt sich neben umfangreicher Eigenberichterstattung auf weitere auch international tätige Nachrichtenagenturen, bei Charts und Kursen auch auf AID sowie auf Berichte der bfai - Bundesagentur für Außenwirtschaft, Köln. Inhalt nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr.

Alle Rechte vorbehalten. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass hinsichtlich der Inhalte Urheberrecht besteht. Kopien, Nachdrucke, Weitergaben im Umlauf, Übersetzungen, Bearbeitungen, Auswertungen oder sonstige Vervielfältigungen jeglicher Art bzw. Verbreitung oder Nutzung für Verbreitungen in allen Medien (gedruckt oder elektronisch) sind nur mit vorheriger, ausdrücklicher Genehmigung durch Dow Jones News gestattet. Zuwiderhandlungen werden rechtlich verfolgt!

**Business-Kalender Außenwirtschaft****Neu veröffentlichte Inlandstermine:**

Termin	Ort	Thema	Veranstalter
28.04.2008	Halle	Ländersprechtag Baltikum	IHK Halle
28.04.2008	Koblenz	Fit for Fairs	IHK Koblenz
28.04.2008	Straubing	Das neue EU-Lebensmittelrecht	Handwerkskammern
29.04.2008	Cham	Innovationen im Schreinerhandwerk	Handwerkskammern
29.04.2008	Garbsen	Gesprächskreis Exportleiter	IHK Hannover
29.04.2008	Halle	Ländersprechtag Chile	IHK Halle
29.04.2008	Hannover	Planen und Bauen international - Erfahrungen und Perspektiven	BAK
29.04.2008	Hof	Republik Belarus - Ein Standort besser als sein Ruf	IHK Bayreuth
02.05.2008	Zwickau	Ländersprechtag Kroatien	IHK Chemnitz
05.05.2008	Halle	Workshop Berufsbildung und Mobilität Europa	IHK Halle
05.05.2008	Magdeburg	Ländersprechtag Österreich	IHK Magdeburg
05.05.2008	Stuttgart	Roadshow Zoll	PwC
06.05.2008	Dortmund	Wirtschaftstag Aserbaidschan	IHK Dortmund
06.05.2008	Düsseldorf	Roadshow Zoll	PwC
06.05.2008	Magdeburg	Ländersprechtag Kroatien	IHK Magdeburg

 **IXPOS**  
Quelle: IXPOS  
Außenwirtschaftsportal  
www.ixpos.de/kalender

Der NfA-Business-Kalender Außenwirtschaft erscheint regelmäßig mit den neu bekannt gewordenen Inlandsterminen und mit wichtigen Auslandsterminen, die mindestens sechs Wochen im Voraus angekündigt werden. Die Termine finden Sie auch im Internet unter [www.djnewsletters.de/nfa](http://www.djnewsletters.de/nfa). Alle Angaben ohne Gewähr für Richtigkeit und Vollständigkeit.

**DEVISEN**

Kurse zum Euro	17.4.2008				
Land	ISO-Code				
Ägypten	EGP	8,6360	Mexiko	MXN	16,649
Albanien	ALL	122,58	Moldau	MDL	16,470
Algerien	DZD	103,46	Neuseeland	NZD	2,0240
Argentinien	ARS	5,0310	Nigeria	NGN	187,03
Armenien	AMD	494,12	Norwegen	NOK	7,9015
Aserbaidschan	AZM	1,3250	Oman	OMR	0,6130
Australien	AUD	1,6972	Pakistan	PKR	101,35
Belarus	BYR	3,418,00	Philippinen	PHP	66,690
Brasilien	BRL	2,6480	Polen	PLN	3,4190
Bulgarien	BGN	1,9560	Rumänien	RON	3,6200
Chile	CLP	726,19	Russland	RUB	37,210
China	CNY	11,110	Saudi-Arabien	SAR	5,9680
Dänemark	DKK	7,4608	Schweden	SEK	9,4017
Dom.Rep.	DOP	54,390	Schweiz	CHF	1,5978
Estland	EEK	15,650	Serbien	RSD	80,670
Georgien	GEL	2,3080	Simbabwe	ZWD	47.727,00
Großbritannien	GBP	0,8038	Singapur	SGD	2,1490
Hongkong	HKD	12,399	Slowakei	SKK	32,390
Indien	INR	63,070	Sri Lanka	LKR	171,67
Indonesien	IDR	14.622,00	Südafrika	ZAR	12,488
Israel	ILS	5,5100	Tadschikistan	TJS	5,4470
Japan	JPY	163,05	Taiwan	TWD	48,140
Jordanien	JOD	1,1270	Thailand	THB	49,700
Kanada	CAD	1,5992	Tschechien	CZK	24,960
Kasachstan	KZT	191,80	Tunesien	TND	1,8310
Katar	QAR	5,7910	Türkei	TRY	2,1080
Kenia	KES	98,270	Ukraine	UAH	7,8870
Kirgisistan	KGS	58,060	Ungarn	HUF	253,20
Korea (Rep.)	KRW	1.584,70	Usbekistan	UZS	2.077,00
Kroatien	HRK	7,2570	Venezuela	VEB	3.153,00
Kuwait	KWD	0,4230	Ver.Arab.Emir.	AED	5,8325
Lettland	LVL	0,6970			
Litauen	LTL	3,4550			
Malaysia	MYR	5,0070	<b>SZR-Wert</b>		
Marokko	MAD	11,502	EUR	1XDR	1,03551
Mazedonien	MKD	61,420	USD	1XDR	1,64357